

XXIV. VORARLBERGER LANDTAG

Sondersitzung

anlässlich des Rücktrittes von Landeshauptmann Dr. Keßler
und Landtagspräsident Dr. Purtscher sowie
anlässlich der Neuwahl in diese Funktionen
am 9. Juli 1987

Beginn: 9.00 Uhr

Vorsitz:	Landtagspräsident Dr. Martin Purtscher Landtagspräsident Bertram Jäger, Vizepräsident Andreas Berchtold
Anwesende Abgeordnete:	Alle Landtagsabgeordneten, ausgenommen Abg. Mag. Sigfrid Peter, der entschuldigt ist
Weitere Anwesende:	Landesstatthalter Dipl.-Vw. Siegfried Gasser Landesrat Konrad Blank Landesrat Hans Dieter Grabher Landesrat Dr. Guntram Lins Landesrat Fredy Mayer Landesrat Günter Vetter Landesbischof DDr. Bruno Wechner Oberlandesgerichtspräsident Dr. Mario Laich Landesgerichtspräsident Dr. Rainer Amann sowie Vertreter weiterer Landes- und Bundesbehörden das Konsularische Corps aktive und ehemalige Abgeordnete zum Nationalrat, zum Bundesrat und zum Landtag, ehemalige Mitglieder der Landesregierung, Vertreter von Kammern und privaten Interessenvertretungen die Familien von Landeshauptmann Dr. Keßler sowie der Präsidenten Dr. Purtscher und Jäger Landesamtsdirektor Dr. Franz Ender Hofrat Dr. Reinhold Schwarz als Schriftführer.

T a g e s o r d n u n g :

1. Erklärung des Landeshauptmannes anlässlich seines Rücktrittes.
2. Neuwahl des Landeshauptmannes und Gelöbnis.
3. Antrittsrede des neu gewählten Landeshauptmannes.

Präsident: Ich eröffne die Sondersitzung des Vorarlberger Landtages und begrüße recht herzlich den Herrn Landeshauptmann, den Herrn Diözesanbischof, den Abt, die Vertreter der Evangelischen Kirche, den Herrn Landesstatthalter, die Landesräte sowie die Damen und Herren Abgeordneten zum Nationalrat, zum Bundesrat und zum Vorarlberger Landtag. Einen respektvollen Gruß entbiete ich den ehemaligen Mitgliedern der Landesregierung, des Landtages, dem konsularischen Corps, den Leitern der Bundesbehörden und an deren Spitze dem Herrn Oberlandesgerichtspräsidenten, den führenden Beamten aus der Landesverwaltung, an ihrer Spitze dem Herrn Landesamtsdirektor, dem Landesvolksanwalt, den Vertretern der Interessensvertretungen sowie den Präsidenten der Kammern.

Einen herzlichen Willkommensgruß allen Ehrengästen, insbesondere den Familienangehörigen und Freunden.

Meine verehrten Damen und Herren! Die Anwesenheit so vieler Ehrengäste bekundet die große Bedeutung der heutigen Sitzung des Landesparlaments. Aus dem Wissen um die schwere Verantwortung, die mit den heutigen Entscheidungen verbunden ist, haben wir einer guten Tradition folgend in der Seekapelle einem schlichten Gottesdienst beigewohnt. Es ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis, dem Herrn Dekan Bereuter für die Gestaltung der Meßfeier und auch für die aufmunternden und mahnenden Worte in den Fürbitten recht herzlich zu danken.

Der Herr Landeshauptmann hat mir heute mit einem Schreiben mitgeteilt, daß er auf sein Amt als Landeshauptmann ab heute verzichtet, das heißt, daß er seinen Rücktritt mit heutigem Tag erklärt. Es war sein Wunsch, daß dieser Rücktritt mit einem Rückblick seinerseits erfolgt und ich darf ihm das Wort geben für seine Erklärung. Herr Landeshauptmann.

Dr. Keßler: Herr Landtagspräsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Geschätzte Regierungskollegen! Werte Ehrengäste!

Es ist das letzte Mal, daß ich von dieser Stelle aus zu den Damen und Herren Abgeordneten des Vorarlberger Landtags, daß ich zu meinen Kollegen auf der Regierungsbank und damit stellvertretend durch sie zu den Bürgerinnen und Bürgern unserer Heimat sprechen darf. Für mich persönlich eine bewegende Stunde!

Gemäß Artikel 48, Abs. 1, 2 und 3 der Vorarlberger Landesverfassung habe ich dem Herrn Landtagspräsidenten schriftlich erklärt, daß ich mit Wirkung vom 9. Juli, also mit heutigem Tage, auf die weitere Ausübung meines Amtes als Landeshauptmann verzichte. Gemäß Artikel 31 Abs. 1 lit. f und Abs. 3 der Landes-Verfassung habe ich gegenüber der Landeswahlbehörde den Verzicht auf die Ausübung meines Mandats als Landtagsabgeordneter mit Wirkung vom 10. Juli d.J. erklärt.

Herzlichen Dank sage ich zunächst allen denen, die heute mit uns versammelt sind, um Zeuge der Wahl des künftigen Landeshauptmanns und Landtagspräsidenten zu sein: Den Vertretern der Kirche, an ihrer Spitze unserem Herrn Diözesanbischof DDr. Bruno Wechner, dem Gnädigen Herrn, dem Abt der Mehrerau, den Vertretern

des konsularischen Corps, den anwesenden Damen und Herren Vertretern aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Verwaltung. Und auch sage ich Ihnen, Hochwürdiger Herr Dekan Bereuter, ein herzliches Dankeschön für den würdig gestalteten Gottesdienst von vornhin.

Hohes Haus! Durch fast 33 Jahre konnte ich als Landtagsabgeordneter, durch fast 23 Jahre als Landeshauptmann die politischen Geschicke der Bürger unserer Heimat mitbestimmen und mitgestalten. Daß ich das heute aussprechen darf, dafür danke ich zuerst dem Herrgott, aber mein aufrichtiger Dank gilt auch allen denen, die mir über diese Jahrzehnte Wegbegleiter gewesen sind. In großer Dankbarkeit denke ich in dieser Stunde des endgültigen politischen Abschieds aus Landtag und Landesregierung vor allem an meine Frau, meine Kinder und an meine Eltern. Sie haben in den vergangenen Jahrzehnten zu oft auf den Gatten, den Vater oder den Sohn selbstlos verzichtet. Aber ohne den Rückhalt der Familie gibt es keine erfolgreiche politische Arbeit.

Drunten im alten Landtagssaal, meine Kollegen, drunten in der Bregenzer Bahnhofstraße, konnte ich in der Sitzung des XX. Vorarlberger Landtags vom 29. Oktober 1964, die unter der Leitung des kurz davor erstmals gewählten, unvergessenen Landtagspräsidenten Dr. Karl Tizian stand, folgendes wörtlich sagen: »Laßt uns nunmehr gemeinsam an die Arbeit gehen! Sie als die vom Vorarlberger Volk gewählten Vertreter der gesetzgebenden Körperschaft und uns auf der Regierungsbank als die von Ihnen mit viel Vertrauen Ausgestatteten. Laßt uns an die Arbeit gehen mit dem festen Vorsatz, unserem herrlichen Land und seiner tüchtigen Bevölkerung in offener Zusammenarbeit und gegenseitigem Verständnis zu dienen! Mein persönliches Bemühen möchte ich unter die Devise stellen: 'Tue recht und scheue niemand!'«

Seit diesem Tag sind fast 23 Jahre vergangen.

Rückblickend darf ich sagen, daß ich, so gut es mir möglich war, bemüht gewesen bin, diesem Motto treu zu sein. In guten und schönen Tagen, aber auch in Stunden der Enttäuschung.

Durch 10 Jahre, vom Oktober 1964 bis Oktober 1974, hatte ich die Ehre, an der Spitze von Konzentrationsregierungen zu stehen, in denen alle drei damals im Landtag tätigen politischen Parteien vertreten waren. Gerne denke ich in dieser Stunde an die seinerzeitigen Kollegen und Wegbegleiter in Landtag und Landesregierung zurück:

Den Präsidenten Dr. Karl Tizian, die Vizepräsidenten Dr. Walter Peter und Mag. Friedrich Heinzle, die Damen und Herren Abgeordneten der damaligen Landtage, an meine Mitstreiter auf der Regierungsbank, Alt-Landeshauptmann Ulrich Ilg, dessen großem persönlichen Vertrauen ich entscheidend meine Funktion verdanke, an jenen Man, der in seiner einmaligen Bescheidenheit als Landeshauptmann in die zweite Reihe zurücktrat, um durch weitere fünf Jahre als Landesfinanzreferent neben seinem jungen Landeshauptmann im Dienst der Vorarlberger Gemeinschaft zu stehen. Ich denke in dieser Stunde an Landesstatthalter Dr. Gerold Ratz, an Dr. Rudolf Mandl, an Konrad Blank, an Martin Müller, an

Elwin Blum, an Hans Sperger, an Dr. Walter Peter, Hermann Stecher und Ernst Winder.

Die landespolitische Situation im Herbst 1974 und die politischen Gegebenheiten der Folgejahre sind Ursache dafür, daß die Landesregierungen in der Zeit von 1974 bis heute Zwei-Parteien-Regierungen von ÖVP und FPÖ waren und sind, daß seit dem Jahr 1974 die Sozialistische Fraktion und seit 1984, seit ihrem Einzug in das Landesparlament, die Fraktion der Grünen in Opposition zu den Regierungsfractionen stehen. In der konstituierenden Sitzung des XXII. Vorarlberger Landtages von Anfang November 1974 durfte ich wörtlich sagen:

»In der neuen, soeben gewählten Landesregierung ist kein sozialistisches Regierungsmitglied mehr vertreten. Es ist mein aufrichtiger Wunsch, daß trotz der geänderten Regierungszusammensetzung bei der künftigen parlamentarischen Arbeit hier im Hohen Haus die sachpolitischen Überlegungen, die Landesinteressen, das, was uns Vorarlberger gemeinsam verbindet, immer über der parteipolitischen Auseinandersetzung stehen mögen.«

Und im Rückblick darf ich sagen, daß sich aus meiner persönlichen Sicht dieser Wunsch erfüllt hat.

Meine Damen und Herren! Die landespolitische Arbeit in den letzten Jahren war schwieriger, naturgemäß von mehr Konfrontation getragen als die der ersten Landtagsperioden, aber ich meine, das uns Vorarlberger Mandatäre Verbindende stand letztlich in den entscheidenden Fragen immer über dem, was Regierungs- und Oppositionsparteien weltanschaulich oder sachpolitisch getrennt hat. Diese Parlamentsarbeit der 13 Jahre ist mit dem verdienten Landtagspräsidenten Dr. Martin Purtscher, den Vizepräsidenten Andreas Berchtold, Mag. Friedrich Heinzle, Karl Falschlunger, Elmar Steurer und ihren Landtagskollegen, die Regierungsarbeit mit meinen bewährten Mitarbeitern Konrad Blank, Landestatthalter Dr. Rudolf Mandl, Landesstatthalter Dipl.-Vw. Siegfried Gasser, dem ich ganz besonders herzlich danken möchte für seine großartige Freundschaft und Unterstützung in den letzten Jahren, sie ist mit Fredy Mayer, Dr. Elmar Rummele, Dr. Guntram Lins, Günter Vetter, Dipl.-Ing. Karl Werner Rüschi, Hans Sperger und Hans Dieter Grabher verbunden. Ihnen allen bin ich in dieser Stunde und für mein künftiges Leben zu großem Dank verpflichtet.

Mit gewisser Genugtuung dürfen wir, meine Damen und Herren Abgeordneten, meine geschätzten Regierungskollegen, auf die gemeinsame Arbeit der vergangenen fast 23 Jahre zurückblicken. Es gab für uns alle, von welchem grundsatzpolitischen Standort aus immer wir tätig wurden, Niederlagen und Enttäuschungen, aber das Positive, das Gute, das Schöne, der Erfolg und letztlich das Gemeinsame sind im Vordergrund gestanden.

Meine Damen und Herren! Unsere Heimat hat in den vergangenen mehr als zwei Jahrzehnten eine überaus dynamische Entwicklung genommen. Die Einwohnerzahl stieg von 240.000 im Jahr 1964 auf 320.000 im vergangenen Jahr, das heißt um 30 %. Die Zahl der Beschäftigten von rund 64.000 auf fast 117.000. Sie hat sich also fast verdoppelt. 1961 entfiel 1 Personenkraftwagen auf 11 Bürger dieses Landes. Heute sind es noch ganze 3.

Der Rahmen des Landesvoranschlages als der finanziellen Grundlage aller landespolitischen Arbeit lag 1965 bei 420 Mio S, im heurigen Budget sind es mehr als 7 Milliarden. Das ist eine Steigerung um das 17-fache!

Die investitionswirksamen Ausgaben des Landesbudgets lagen 1965 bei 230 Mio S, sie liegen heuer bei rund 2,4 Milliarden, das ist mehr als das 10-fache! Die Arbeitslosenrate unseres Landes, und das sage ich mit einem Gefühl der Dankbarkeit, liegt um rund 100% unter dem österreichischen Schnitt.

Die Landesverschuldung ist mit rund 1,3 Mrd S die geringste aller Bundesländer. Seit drei Jahren gibt es überhaupt keine Zunahme der Nettoverschuldung mehr.

Welch dynamische Entwicklung, aber auch welche Anforderungen an die Wirtschafts-, die Sozial- und die Kulturpolitik unseres Landes sprechen aus diesen Ziffern!

Meine geschätzten Damen und Herren Abgeordneten, meine Regierungskollegen, verehrte Ehrengäste!

Ich war glücklich, Landeshauptmann eines kleinen, aber wirtschaftsdynamischen Bundeslandes sein zu dürfen, dessen ausschließlich privatwirtschaftlich orientierten, risikofreudigen Unternehmer und tüchtigen Arbeitnehmer diese Vorarlberger Wirtschaft zum Spitzenreiter aller Bundesländer gemacht haben, mit hoher Produktivität und der höchsten Exportquote, die es in Österreich gibt. Die Wirtschaftspolitik des Landes konnte mit verschiedenen Förderungsaktionen die leistungsbereite private Wirtschaft unterstützen. »Hilfe zur Selbsthilfe« war dabei immer die konsequente Richtschnur.

Es erfüllt mich mit Genugtuung, daß es erst vor wenigen Monaten im Zusammenwirken von Land und Berufsvertretungen möglich war, in Dornbirn ein Technologie-Transferzentrum zu gründen, das helfen soll, daß unsere industriellen und gewerblichen Unternehmen auf dem neuesten Stand der technologischen Entwicklung gehalten oder zu diesem geführt werden. Nur so werden sie den europäischen Konkurrenzkampf von morgen bestehen. Ein wissenschaftlicher Beirat, in dem europaweit anerkannte Experten aus Österreich, der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz mitwirken, garantiert eine qualifizierte Arbeit dieser für unsere Wirtschaft so bedeutsamen Einrichtung.

Die Energiewirtschaft war und ist eine der tragenden Säulen unserer wirtschaftlichen Existenz.

Mit der Inbetriebnahme des Kavernenkraftwerks Kops, des Werkes Rodund II und des Walgau-Werkes der Vorarlberger Illwerke Aktiengesellschaft sowie des Werkes Langenegg der Vorarlberger Kraftwerke AG konnte die Stromerzeugung im Land entscheidend gesteigert und damit die Importabhängigkeit verringert werden. Die Vorarlberger Illwerke Aktiengesellschaft, das ist die Frucht ganz kurz zurückliegender Verhandlungen mit dem Bund, bleibt eine Gesellschaft eigener Art auf der Grundlage der aus Landessicht einmaligen Illwerkeverträge der zwanziger Jahre.

Die Spitzenstellung Vorarlbergs im österreichischen Sommer- und Winterfremdenverkehr, die mit der Bewahrung unserer herrlichen Landschaft steht **und fällt, spricht** für die Tüchtigkeit unserer in der **Gastronomie tätigen**

Unternehmer und Arbeitnehmer in gleicher Weise. In modernen gastgewerblichen Fachschulen und der gastgewerblichen Berufsschule Lochau erhält der Nachwuchs heute eine solide Fachausbildung.

Meine Damen und Herren, wir konnten in den vergangenen rund 20 Jahren das gesamte Autobahn- und Schnellstraßennetz mit dem wichtigen Arlberg-Straßentunnel im Zusammenwirken mit den Verantwortlichen in Bund und Gemeinden realisieren; die Bundesbahnstrecke Bludenz-Feldkirch zweigleisig ausbauen; durch gezielten Bau und durch Sanierung der Spitäler im Zusammenwirken von Land und Gemeinden die spitalsärztliche Versorgung auf hohes europäisches Niveau heben; das heute über Österreich hinaus anerkannte Modell der Vorsorge- und Sozialmedizin realisieren; durch den Bau höherer allgemeinbildender, mittlerer und höherer berufsbildender Schulen, von Haupt- und Sonderschulen, von kaufmännischen und gewerblichen Berufsschulen, ein flächendeckendes Netz wichtiger Schuleinrichtungen schaffen und ich glaube, entscheidend auch dazu beitragen, daß die meisten Gemeinden des Landes heute über gut ausgestattete Kindergärten verfügen.

Die Vorarlberger Landesverwaltung weist heute mit rund-17% die niedrigste Personalquote aller Bundesländer aus, obwohl sich der Personalstand, vor allem durch den umfassenden Ausbau des Spitalwesens, seit 1964 fast verdreifacht hat.

Ich denke in dieser Stunde auch dankbar an die Herren Landesamtsdirektoren Dr. Elmar Grabherr, Dr. Ernst Adamer und Dr. Franz Ender mit ihren tüchtigen Mitarbeitern im Amt der Landesregierung und den nachgeordneten Dienststellen. Unser modernes Landhaus, meine ich, ist heute Zeugnis einer zukunftsorientierten Verwaltung.

Das Landeskonservatorium in Feldkirch und Bregenz, das Landes-Bildungszentrum Schloß Höfen, die moderne Landesbibliothek im Bregenzer Gallusstift, das Franz-Michael-Felder- und Vorarlberger Literaturarchiv und die Landesbüchereisteile sind zu nicht mehr wegzudenkenden Einrichtungen für die Kulturschaffenden unseres Landes geworden. Vor der Realisierung steht eine Landesgalerie, insbesondere für die zeitgenössische bildende Kunst, in Feldkirch.

Die Bregenzer Festspiele mit dem Festspiel- und Kongreßhaus und die Schubertiade Hohenems, zu deren Entwicklung die Landeskulturpolitik entscheidend beitragen durfte, sind aus dem internationalen Kulturleben nicht mehr wegzudenkende Initiativen.

Die Sorge der landespolitisch Verantwortlichen galt durch all die Jahre der Unterstützung kirchlicher Anliegen. Die Errichtung oder Restaurierung zahlreicher Kirchen und Kapellen, die Tätigkeit kirchlicher, in der Sozial- oder -Bildungsarbeit wirkender Einrichtungen erfuhr öffentliche Förderung.

Einer der schönsten Tage in meiner persönlichen politischen Arbeit war die nach langjährigen Verhandlungen erfolgte Errichtung der jüngsten Diözese Österreichs, der Diözese Feldkirch im November 1968: die Erfüllung eines

bekanntlich sehr alten, berechtigten Vorarlberger Wunsches.

Das gute Einvernehmen zwischen den für Kirche und Land Verantwortlichen war in der Vergangenheit wohl ein großer Segen für unsere Heimat. Möge es auch in aller Zukunft so sein und bleiben!

Mit dem ersten Kulturförderungsgesetz Österreichs aus dem Jahr 1974 wurden Expertenkommissionen für Kunst, Wissenschaft, Volksbildung und Heimatpflege eingerichtet, die sich als vorschlagende und beratende Einrichtungen für die Landesregierung bewährt haben. Das von Landeseinfluß weitgehend unabhängige private Kunstschaffen konnte sich in erfreulicher Weise entfalten. Und mit Genugtuung erfüllt mich, daß es in unserem Land ohne Universität heute doch bereits mehrere Hochschullehrgänge und Hochschulkurse gibt, die eine gediegene Aus- und Weiterbildung unserer wissenschaftlich interessierten Bürger ermöglichen. Das Institut für Neue Österreichische Geistesgeschichte, angesiedelt im Vorarlberger Landesarchiv, hat die Aufgabe, künftig Kulturraumforschung in der alemannischen Region zu betreiben, und schließlich möge ein morgen noch der Öffentlichkeit zu präsentierendes Buch »Vorarlberg, ein Kulturprofil« aufzeigen, daß auch in unserem kleinen wirtschaftlich dynamischen Land die Kultur, insbesondere auch die zeitgenössische Kunst, leben und blühen.

Die sporttalentierte Jugend hat mit der Landessport-schule in Dornbirn eine modernst ausgestattete Ausbildungs- und Trainingsstätte, die sich sehr starken Zuspruchs erfreut, erhalten. Und vielleicht darf ich auch hinzufügen, daß Vorarlberg heute eine Sportstättendichte aufweist, die sich, glaube ich, im Vergleich mit den anderen Bundesländern doch sehen lassen darf.

Geschätzte Damen und Herren! In unserem so bevölkerungs- und wirtschaftsdynamischen Land ist gezielte Raumordnung und Flächenwidmung unabdingbar geworden. Alle 96 Gemeinden des Landes verfügen heute über rechtskräftige Flächenwidmungspläne, das dicht besiedelte Rheintal und der Walgau sind durch für Österreich bisher einmalige Grünzonenpläne gegen zu dichte Verbauung geschützt. Dennoch wird es, meine Kollegen, großer Anstrengungen bedürfen, um in der Zukunft gezielte Flächenwidmung in unserem Land zu garantieren.

Und schließlich, Vorarlberg hat eine auch im europäischen Vergleich extrem niedrige Agrarquote von nur mehr knapp 3 %. Sie war Ursache zu konsequenten agrarpolitischen Maßnahmen. Mit dem Güterwegebau, der gezielten Aussiedlung der Bauernbetriebe aus den Ortszentren in die durch Flächenwidmung abgesicherten Landwirtschaftszonen, durch die Alpwirtschaftsförderung und durch die erstmals in Österreich eingeführte Flächenprämie konnte den Bauern Hilfe in ihrem schweren Existenzkampf geboten werden. Die moderne landwirtschaftliche Fach- und Berufsschule Hohenems ist zu einer für unsere Bauernjugend unentbehrlichen Aus- und Fortbildungsstätte geworden, denn nur gediegen ausgebildete, mit modernen Agrarmethoden vertraute Landwirte werden sich im internationalen Konkurrenzkampf von

morgen behaupten. Und unser Bauerntum, meine Damen und Herren, und das sage ich jetzt in dieser Stunde in großer Überzeugung, unser Bauerntum ist, wenn es heute auch eine zahlenmäßig kleine Rolle spielen mag, als die Lebenszelle unserer Gemeinschaft, als Ernährungssicherer in Krisenzeiten, als Landschaftserhalter und Landschaftsgestalter auch in der Zukunft unverzichtbar.

Dank gezielter, umfassende öffentlicher Wohnbauförderung steht unser Land im sozialen Wohnungsbau hinsichtlich des Förderungsumfanges, der Wohnungsgrößen und der Wohnungsqualität an der Spitze der Bundesländer.

Schließlich hat der umfassende, gezielte Umweltschutz im letzten Jahrzehnt einen entscheidenden Schwerpunkt unserer landespolitischen Überlegungen gebildet. Mehr als 90 % der Industrie- und Gewerbebetriebe, über 60 % der Wohnanlagen sind an moderne Kläranlagen angeschlossen, d.h. rund 80% der gesamten Abwasserfracht wird in Kläranlagen gereinigt. Und ein umfassendes Grundwasserbeobachtungsnetz sorgt für den Schutz des Grundwassers.

Das erste Luftreinhaltegesetz Österreichs aus dem Jahr 1971, der Fonds zur Rettung des Waldes, der Landschaftspflegefonds, die bereits für das gesamte Rheintal realisierte Erdgasversorgung, ein flächendeckendes Wald- und Bodenuntersuchungsprogramm sowie eine beachtliche Zahl von Naturschutz- und Landschaftsschutzgebieten zeugen, wie ich meine, doch von beachtlichen Anstrengungen der Landespolitik im Umweltschutzbereich. Und die völlig unverbaute Uferzone zwischen der Landeshauptstadt und der Schweizer Grenze ist eines der wertvollsten und schönsten, von einer einmaligen Fauna belebten Naturschutzgebiete Europas geblieben. Und ich darf vielleicht auch sagen, daß in keinem anderen Bundesland Österreichs die gesamte Gletscherregion unter totem Landschaftsschutz steht

Es ist sicher die große, aber auch schwierige künftige Aufgabe der Vorarlberger Landespolitiker, meines geschätzten Nachfolgers und seiner Mitarbeiter, den gesunden Mittelweg zwischen den Notwendigkeiten der Wirtschaft und den Erfordernissen des umfassenden Umweltschutzes zu suchen und zu finden.

In den Kommissionen und den Vollsitzungen der im Jahr 1972 gegründeten Arbeitsgemeinschaft Alpenländer und in der über Initiative Vorarlbergs gegründeten politischen Bodenseekonferenz, in der die politisch Hauptverantwortlichen der Länder und Kantone rund um das »Schwäbische Meer« tätig sind, leistet Vorarlberg wertvolle überregionale Zusammenarbeit. Und schließlich sorgt die Landesdelegation im Bundesländerhaus in Wien für gute Kontakte zwischen den Vorarlbergern und den Wienern.

Meine geschätzten Damen und Herren Abgeordneten, meine Regierungskollegen, werte Ehrengäste! Vorarlberg ist bis zurück an den Neubeginn unseres Staates im Jahr 1945 immer ein konsequenter Streiter für den Föderalismus, für mehr Bundesstaatlichkeit in Österreich gewesen. In vielen Verhandlungen mit den Vertretern des Bundes

und der anderen Bundesländer konnten Schritt für Schritt, etwa nach dem Motto »Steter Tropfen höhlt den Stein« Fortschritte erzielt werden. Die Vorarlberger Volksabstimmung vom 15. Juni 1980 schließlich war ein entscheidender Schritt zu mehr Verständnis für die notwendige Stärkung der Länder als Gliedstaaten im gemeinsamen Bundesstaat. Das stete Bemühen galt der Verbesserung und Ausgestaltung der Einrichtungen der unmittelbaren Demokratie: Volksabstimmung, Volksbegehren, Volksbefragung. Seit 1986 hat Vorarlberg die erste Landesvolksanwaltschaft Österreichs.

Es konnte im Zusammenwirken aller Gutgesinnten viel geschaffen werden. Natürlich, ich möchte das jetzt in aller Bescheidenheit sagen, vieles bleibt für den, der als Landeshauptmann nach mir kommt, vieles aber bleibt für alle die, die im Landtag oder Regierung in den kommenden Jahren und Jahrzehnten tätig werden, weiterhin zu tun.

Meine geschätzten Damen und Herren! Es war für mich eine große Genugtuung, daß die für die Nominierung des künftigen Landeshauptmanns und des kommenden Landtagspräsidenten zuständigen Gremien meiner Gesinnungsgemeinschaft, der Österreichischen Volkspartei, mit überzeugendem Votum jene Männer bestimmt haben, die heute vom Hohen Haus in ihre Funktionen gewählt werden sollen. Und ich bin dankbar dafür, daß dies jene politischen Gesinnungsfreunde und Mitstreiter sind, die ich für diese mit sehr hoher Verantwortung verbundenen Funktion persönlich für besonders befähigt halte. Der so überaus wirtschaftserfahrene, in vielen Jahren als Kommunalpolitiker, als Landtagsabgeordneter und insbesondere als Landtagspräsident so bewährte Freund, Dr. Martin Purtscher, und der seit langer Zeit in hohen politischen Funktionen erfolgreich tätige Abgeordnete und Kammerpräsident Bertram Jäger.

Ich wünsche Euch, meine Freunde, Gottes Segen, Kraft, Mut und damit Erfolg in den höchsten politischen Funktionen, die unsere Heimat zu vergeben hat. Möge für Euch mein früherer Wahlspruch gelten: »Tuet recht und scheuet niemand!«

Ich bin glücklich darüber, daß es vor zwei Jahren möglich war, mit den Stimmen aller in diesem Haus vertretenen Fraktionen eine große Novelle zur rechtlichen Ordnung und Grundlegung unseres Landes, unserer Landesverfassung zu beschließen; eine Novelle, meine Damen und Herren, die Bestimmungen, Ziele und Grundsätze des staatlichen Handels normiert hat, wie sie weder in der Bundes- noch in einer anderen Landesverfassung Österreichs verankert sind.

In unserer Landesverfassung stehen heute die Sätze:

»Die Bedeutung der gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgesellschaften für die Bewahrung und Festigung der religiösen und sittlichen Grundlagen des menschlichen Lebens wird anerkannt.« wörtlich:

»Das Land hat die Aufgabe, die freie Entfaltung der Persönlichkeit des einzelnen sowie die Gestaltung des Gemeinschaftslebens nach den Grundsätzen der Subsidiarität und der Solidarität aller gesellschaftlichen Gruppen zu sichern. Selbstverwaltung und Selbsthilfe der Landesbürger sind zu fördern.«

Und dann heißt es wörtlich weiter:

»Das Land hat die Ehe und die Familie, als natürliche Grundlage der menschlichen Gesellschaft zu schützen und zu fördern. Das Land unterstützt die Eltern in ihrer Pflicht, die Kinder zu pflegen und zu erziehen. Es achtet die Vorrangigkeit des natürlichen Erziehungsrechtes der Eltern.«

Ich danke heute in dieser Stunde allen in diesem hohen Haus tätigen Abgeordneten und ich danke meinen Regierungskollegen dafür, daß es mit ihrer entscheidenden Hilfe, ihrem entscheidenden Zutun möglich war, einstimmig, aber mit den Stimmen aller in diesem Haus tätigen politischen Gruppierungen diese Verfassungsnovelle zu beschließen. Mögen diese verfassungsrechtlichen Leitlinien, die Zielsetzung unseres politischen Handelns in der Vergangenheit waren, mögen diese Ziele und Grundsätze staatlichen Handelns, von allen Fraktionen dieses Hauses auch künftig getragen, Grundlage für eine erfolgreiche Arbeit unseres Landesparlaments und der Landesregierung sein, damit aber das unerschütterliche Fundament für eine gottgesegnete, glückhafte Zukunft der Bürgerinnen und Bürger unserer geliebten Heimat Vorarlberg. (Lang anhaltender Beifall!)

Präsident: Ich übergebe den Vorsitz dem Herrn Vizepräsidenten Berchtold.

Vizepräsident Berchtold: Hohes Haus, meine geschätzten Damen und Herren! Ich übernehme in dieser historischen Stunde den Vorsitz und eröffne die Debatte über die Erklärung unseres scheidenden Herrn Landeshauptmannes.

Als erster ist Landtagspräsident Dr. Martin Purtscher zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Dr. Purtscher: Hohes Haus! Meine verehrten Festgäste! Als Präsident des Hauses ist mir die Würdigung des scheidenden Landeshauptmannes Dr. Keßler nicht nur eine parlamentarische Pflicht, sondern ein freundschaftliches, ein persönliches Anliegen. Abschied zu nehmen von einem Beruf, den man fast ein Vierteljahrhundert mit restlosem Einsatz, ja mit Hingabe und Leidenschaft ausgeübt hat, erfüllt mit Wehmut. Ich kann mich in diese psychologische Abschiedsstimmung gut hineinfinden.

Der Rückblick des Herrn Landeshauptmannes auf das Dritteljahrhundert seines Wirkens als Abgeordneter und beinahe eines Vierteljahrhunderts als Landeshauptmann ließ uns alle gewahr werden, welche außerordentliche Entwicklung unser Land unter seiner Führung nahm, welche enormen Leistungen erbracht wurden, die untrennbar mit seinem Namen verbunden sind und insbesondere, welche große, ja sprunghafte Steigerung der kulturelle Bereich unter seiner Ressortleitung erfuhr. Nicht nur Bauten, wie das Landhaus, das Festspielhaus, das Konservatorium in Feldkirch, Schloß Höfen, die neue Landesbibliothek, die Vielzahl von Schulen, von Krankenhäusern und die Verbesserung unserer Infrastruktur sind mit seiner Aera und mit seinem Durchsetzungsvermögen verknüpft. Nach meiner Meinung unvergleichlich

zeitloser sind die vielen Initiativen, welche große Impulse, ja Bewegungen in unserer Kulturlandschaft brachten. Als zwei von vielem möglichen Beispielen darf ich auf die großartige Entfaltung des Musikwesens und des Bildungswesens hinweisen.

Am vergangenen Wochenende wurde ihm von einem Forum höchster Vertreter der Wissenschaft Anerkennung und großes Lob zuteil für seine befruchtenden Beiträge zu einer, wie es bezeichnet wurde, »neuen politischen Kultur und einer neuen Rechtskultur Österreichs«. Wissenschaftsminister Tuppy nannte ihn »Anwalt der bundesstaatlichen Idee« und Prof. Ermacora »die Personifikation des Themas Verfassung und Föderalismus«, der »die Umkehr vom Zentralismus zwar noch nicht erreicht, aber eingeleitet hat«.

Seine Persönlichkeit, seine berufliche Vorbildung, sein Wirken als Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Rankweil und die Bewährung als Landtagsabgeordneter haben unseren unvergesslichen Landeshauptmann Ulrich Ilg bewogen, Dr. Keßler 1964 als seinen Nachfolger vorzuschlagen, obwohl er bei der Amtsübernahme erst 38 Jahre alt war. Die dem Landeshauptmann geschenkte Gnade der Gesundheit erlaubt es ihm, mit 61 Jahren in bester physischer und psychischer Verfassung in den Ruhestand zu treten, der sicher keine Ruhe sein wird.

Es war eine Periode vieler Erfolge, aber auch mancher Enttäuschung. Was in der Geschichte aber zählt, ist die Tatsache, daß in unserem Land unter seiner Führung eine zuvor nie erreichbar scheinende Wohlstandsmehrung eintrat, wie die aufgezeigten Fakten und Daten deutlich demonstrieren.

Zahlen sagen alles über jene aus, die dahinter stehen. In seinem Buch über die personifizierte Macht schreibt Roger Schwarzenberg: »Einst stellte die Macht ein Abstraktum dar, einen kalten und unpersönlichen Begriff für starre Gesetzeshüter, die nichts als Pandekten und Codices kannten. Heute hat die Macht ein Gesicht: dasjenige des Politikers, der sie ausübt. Die Macht vermenslicht sich, sie wird beseelt und lebendig, sie personalisiert sich.« Soweit Schwarzenberg.

Man mag diese Personalisierung des Politischen bedauern oder begrüßen, sie ist in unserer, von den Medien geprägten Informationsgesellschaft zu einem Faktum geworden. Und aus dieser Sicht möchte ich die Darstellung der Aera Keßler auf den Versuch einer Würdigung seiner Persönlichkeit konzentrieren.

Die Maxime des Handelns des Landeshauptmannes Dr. Herbert Keßler waren seine Grundsätze, denen er sich verbunden fühlte und die er mit Festigkeit und mit Nachdruck stets vertrat: Das Naturrecht, das christliche Menschenbild, die Subsidiarität, das darauf basierende Ordnungssystem des Föderalismus, das Bekenntnis zur kleinen Gemeinschaft, insbesondere zur Familie. Es ist daher kein Zufall, daß in unserer Landesverfassung als erste und bisher einzige das Prinzip der Subsidiarität als Gestaltungsnorm festgeschrieben ist, daß Ehe und Familie sowie das elterliche Erziehungsrecht in den Verfassungsrang erhoben wurden.

Aus dem christlichen Menschenverständnis heraus war

für Herbert Keßler die Gestaltung des öffentlichen Lebens, Macht und Moral eine Einheit. Im Sinne der Verantwortung der Macht vor dem Gewissen strebte er nach einer gerechten Politik aus jenem Geist, der politische Macht selbst zügelt und zudem kontrollieren läßt. Die Unbestechlichkeit seiner Person, seine absolute Integrität verdient in einer Periode, die vielfach als jene der »sauren Wiesen« bezeichnet wurde, hervorgehoben zu werden. Der Landeshauptmann ging stets seinen geraden Weg, nicht den Beifall erheischend, sondern unbeirrt, redlich[^] unbestechlich, objektiv, korrekt. Er ist sich immer selbst treu geblieben und darauf baute seine persönliche und damit auch die politische Glaubwürdigkeit.

Seine Verbundenheit zur Tradition, seine Liebe zur Heimat, seine menschliche Größe, seine Hilfsbereitschaft, seine unverbrüchliche Treue gegenüber seinen Mitarbeitern, das alles kennzeichnet seine Amtsführung. Und stets war er sich seiner großen Verantwortung für Vorarlberg in seiner Gesamtheit bewußt und wer ihn in den letzten Monaten erlebte, durfte in seiner Gelöstheit spüren, wie die Befreiung von dieser schweren Verantwortung ihn erleichtert hat. Das Charakterbild Keßlers wäre unvollständig, ohne die von ihm stets gepflogene Fairness in der politischen Auseinandersetzung zu erwähnen. Auch in heftigen kontroversiellen Diskussionen persönliche Haltung zu wahren, ungeachtet emotionaler Vorwürfe die Sachlichkeit nie zu verlassen; Selbstbeherrschung und damit Überlegenheit zu zeigen, ist eine Gabe, die ihm zuteil war.

Seine Haltung gegenüber dem Landesparlament war getragen von hohem Respekt vor dem Gesetzgeber und dem Kontrollorgan der Regierung und des Diskussionsforums mit allen im Landtag vertretenen Parteien. Die in seiner Regierungsperiode eingeführten bedeutenden Verbesserungen der Kontrollrechte dokumentieren seinen parlamentarischen Grundkonsens. Für die gute Zusammenarbeit im Haus habe ich herzlich zu danken. Ohne einen eigenen Standpunkt kann man weder vermitteln noch eine Debatte vertiefen. Er hatte die Fähigkeit und die Weitsicht, Grundsatzfragen unserer Zeit zu stellen und zu beantworten.

Mit der Funktion des Regierungschefs eines Landes ist eine Fülle von Repräsentationsverpflichtungen verbunden in der Vertretung des Landes nach außen, in internationalen Arbeitsgemeinschaften, wie der ARGE ALP, bei festlichen und ebenso bei traurigen Anlässen. Er ist ein Pionier europäischer Zusammenarbeit im Bereich des Alpenraumes und erwarb sich hohes Ansehen als Vorsitzender der Kulturkommission der ARGE ALP. Für eine Fortsetzung dieser Funktion wäre ich ihm sehr verbunden. Wir haben ihm herzlich zu danken für die Wahrnehmung der Brücken-, der Schaufenster- und der Mittlerfunktion unseres Landes, welche für ganz Österreich aufgrund der geopolitischen Situierung Vorarlbergs an drei Nachbarländern auch eine staatspolitische Bedeutung hat.

Bereits in jungen Jahren zeichnete sich seine große Rednergabe durch den Sieg bei einem Rednerwettbewerb an der Universität Innsbruck ab. Und er verstand es, aus-

gezeichnet zu reden, treffend zu formulieren und das Land würdig zu repräsentieren. Bei den tausenden Veranstaltungen und Ansprachen während seiner Regierungszeit lernten ihn die meisten unserer Bürger kennen und waren von seiner Rhetorik beeindruckt. Dieses Können fällt aber nicht in den Schoß, sondern setzt gründliche Vorbereitung und die persönliche Identifikation voraus. Die Kunst des Formulierens allein wäre ja zuwenig, denn zur Akzeptanz des Politikers gehört unerläßlich dessen Glaubwürdigkeit. Bei ihm ist die Integrität des Handelns gepaart mit der Wahrhaftigkeit des Wortes.

Mit dem Willen, für den eigenen Standpunkt mit Argumenten zu werben war seine Bereitschaft verbunden, die Meinung des Andersdenkenden gelten zu lassen und sich im echten Sinn des Wortes »Diskussion« auseinanderzusetzen.

So fügt sich sein Intellekt, seine Rhetorik, sein Diskussionsstil, seine Fairness und seine persönliche Haltung zu jenem Begriff, der für ein gedeihliches politisches Zusammenleben immer wichtiger wird, nämlich der politischen Kultur.

Herbert Keßler hat seinen Abschied aus dem politischen Leben seit längerem angekündigt und soeben vollzogen, obwohl er inmitten eines Lebensabschnittes steht, dem schon die Antike besondere Eigenschaften zuerkannte. Nach' der Lebenseinteilung des weisen Solon zeichnet sich das achte Jahrsiebt eines Lebens durch die Vollendung von Verstand und Vernunft aus. Das neunte Jahrsiebt, dessen Mitte er nun erreicht hat, bringt nach Solon die Zähmung von Leidenschaften, die Milde und die Gerechtigkeit.

Wenn der Herr Landeshauptmann ungeachtet dieser antiken Ideale und seiner exzellenten physischen Konstitution Abschied nimmt, so ist es sein gutes Recht. Er setzt heute das Finale für seine großen Leistungen, sein großes Lebenswerk, als erster Diener dieses Landes, das geprägt war von Pflichterfüllung und Gerechtigkeitsinn und daher nicht nur Respekt, sondern vor allem tiefe Dankbarkeit der Bürgerinnen und der Bürger unseres Landes verdient. Und ich möchte auch namens der vielen Hilfesuchenden, aller jener, die mit den kleinen und oft auch größeren Nöten an ihn herantraten, für seine Bereitschaft zur Unterstützung danken.

Die einleitend erwähnte Personalisierung der Politik bringt nicht nur zum Ausdruck das Maß, in welchem die politische Arbeit von jenen Menschen selber Platz ergriffen hat, die sie repräsentieren, die sie personalisieren. Landeshauptmann Dr. Keßler hat sich nicht nur den mit seiner Funktion verbundenen Aufgaben gewidmet, er hat sich vielmehr in einem unüberbietbaren Einsatz hingegen; kein Opfer war ihm zu groß, das Land zu vertreten, auch dann, wenn alle anderen Freizeit hatten. Nur wer diese totale Inanspruchnahme kennt, vermag zu ermessen, wieviel Verzicht auf Privatleben mit der Ausübung seines Amtes verbunden war.

Von Marie Ebner-Eschenbach stammt der Satz: »Wer in die Öffentlichkeit tritt, hat keine Nachsicht zu erwarten und auch keine zu fordern«. Darin drückt sich eine der bittersten Normen für jeden Politiker aus. Mag sein Einsatz

auch von noch so viel Idealismus getragen sein, mag er nichts anderes im Sinn haben als das allgemeine Wohl, es ist gewiß, daß er seine Kritiker findet. Und wenn er auch weiß, daß er die kritische Herausforderung braucht, so trifft ihn dennoch, nicht aus gekränkter politischer Eitelkeit, sondern aus dem Gefühl mißverstanden worden zu sein, die Attacke, insbesondere bei Unterstellung persönlicher Motive oder bei persönlich verletzender Kommentierung.

Es ist eine moralische Belastung, die erwünschte Gemeinsamkeit mit Frau und Kindern kaum erfüllen zu können und gleichzeitig zu wissen, daß persönliche Angriffe die Familie oft noch schmerzlicher berühren als den Betroffenen. Wie kein anderer Beruf stellt daher der des Politikers Ansprüche im psychischen Bereich für die ganze Familie. Es ist das große Verdienst von Frau Inge Keßler, der zwei Söhne und der Tochter, Ehrungen und Kränkungen, Höhen und Tiefen des Politikerdaseins mitgetragen zu haben. Respekt, Anerkennung und herzlicher Dank gebührt ihnen im besonderen Maß.

Lieber Freund! Du hast mehr als zwei Jahrzehnte das politische Schicksal unseres Landes bestimmt. Du darfst zufrieden und mit Berechtigung stolz auf Dein Werk, Deinen unermüdlichen Einsatz zum Wohle unseres Landes und seiner Bürger zurückblicken. Für uns soll es Auftrag und Verpflichtung sein, in Deinem Sinn weiterzuarbeiten und das Beste zu geben für unsere Heimat. Ich danke Dir im Namen des Landesparlaments und der Bürger unseres Landes für Deine restlose Hingabe an diese Funktion. Ich danke Dir vor allem auch persönlich von Herzen für die kollegiale Zusammenarbeit, die Freundschaft und das Vertrauen, das Du mir geschenkt hast.

Du bist bereits im Besitz der höchsten Landes- und einer der höchsten Bundesauszeichnungen. Aber einen viel höheren Stellenwert, als all die Ehrenzeichen haben, das darf ich Dir heute versichern, ist Deine Verankerung im Herzen vieler, ich möchte sagen der meisten, Vorarlbergerinnen und Vorarlberger und, wie Du ja weißt, sieht man nur mit dem Herzen gut.

Ich darf Dir als Erinnerung für Deine Arbeit im Namen des Präsidiums des Landtages ein künstlerisches Werk des Prof. Albrecht überreichen. Es nennt sich »Die Sitzenden«. Es soll nicht Ausdruck des bevorstehenden Ruhestandes sein, sondern Symbol Deiner Verankerung in der Grundsatztreue (Beifall!)

Liebe Irige! Soviel Blumen gibt es gar nicht, die den Dank und die Wertschätzung ausdrücken, die Dir gebühren. Du hast es verstanden, Deinem Gatten für seine verantwortungsvolle Arbeit Kopf und Hände freizuhalten.

Ich wünsche Euch, daß Euere persönlichen Erwartungen, die Ihr mit der vor Euch liegenden Zeit verbindet, sich erfüllen mögen. Ich hoffe, daß der Herrgott Euch noch lange Gesundheit schenken und die Lust erhalten möge, Euere kleinen und großen Wünsche zu verwirklichen. Alle guten Wünsche, Glück und Gottes Segen begleiten Euch in Euere Zukunft. (Beifall!)

Vizepräsident Bертold: Nächster Redner ist der Abg. Dr. Keckeis. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Keckeis: Herr Präsident, meine Damen und Herren, hochverehrter Herr Landeshauptmann! Abschiedsreden sind feierlich, voller Lob, Anerkennung und guter Wünsche. Sie haben auch immer den Beigeschmack von Unehrlichkeit und gleiten manchmal, wenn sie allzusehr fließen, sogar ins Geschmacklose ab.

Wir, die sozialistischen Abgeordneten dieses Hauses, meine Damen und Herren, werden keine solche Abschiedsrede aus Anlaß des Ausscheidens von Landeshauptmann Dr. Herbert Keßler halten. Ich darf daher bereits vorweg für meine Fraktion erklären:

Landeshauptmann Dr. Herbert Keßler ist 23 Jahre lang, also mehr als ein halbes Arbeitsleben, an der Spitze der Vorarlberger Landesregierung gestanden. Diese Tatsache verdient Respekt, den auch die sozialistische Fraktion dem heute scheidenden Landeshauptmann nicht versagt. Dr. Keßler war gewiß ein fleißiger Politiker, das heißt auch, daß er viele, viele Stunden der politischen Tätigkeit geopfert hat und dies meist ungedankt, meine Damen und Herren.

Auch die Bevölkerung erkennt nicht immer, welche Opfer, nicht nur Privilegien, politische Arbeit besonders an der Spitze mit sich bringt und fordert. Die Familie, Ihre Frau, Ihre Kinder, hatten ebenso Opfer zu bringen. Oft hatten Sie, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, auch Sie, verzichten müssen.

Sicherlich konnten Sie in dieser Zeit auch nur wenig den eigenen, persönlichen, individuellen Interessen nachgehen. Für diesen, Ihren Einsatz, möchten wir Ihnen die Anerkennung nicht versagen. Und wir wünschen Ihnen aufrichtig, daß Sie noch lange, lange viele dieser Entbehrenungen für Sie und Ihre Familie kompensieren können.

Sie haben das Ergebnis Ihrer Politik, Herr Landeshauptmann, selbst gewürdigt und es liegt im Rahmen oder in der Natur der Sache, daß Sie dabei zu einem zufriedenstellenderen Resultat gelangen als die oppositionelle SPÖ.

Meine Damen und Herren, wir sind dabei nicht so einäugig, um alles oder jedes zu kritisieren, was diese Regierung unter der Führung von Herbert Keßler getan oder nicht getan hat. Manches wurde von uns mitgetragen, weil wir unsere Vorstellungen in Beschlüssen mitberücksichtigt sahen. Wir haben stets eine differenzierte und nie eine Totalopposition betrieben, aus der logischen Erkenntnis heraus, daß der politisch Andersdenkende nicht alles falsch, ergo aber auch nicht alles richtig machen kann. Aus dieser, wie ich meine, fairen sozialistischen Oppositionshaltung heraus, möchte ich namens meiner Fraktion versuchen, die Aera Keßler kurz zu würdigen.

23 Jahre Dr. Herbert Keßler! Können wir von einer Aera Keßler sprechen? Wenn wir davon ausgehen, daß eine Aera eine Epoche ist, die durch ein wichtiges Ereignis gekennzeichnet ist, nach dem die Aera genannt wird, gibt es sie unter inhaltlichen Gesichtspunkten sicherlich nicht. Es ist nämlich nach unserer Meinung fast nichts geschehen, was sich nicht ohnedies in einem Vierteljahrhundert verändert. Es wäre allerdings zu billig, meine Damen und Herren, Dr. Keßler allein die Schuld zu geben, daß seine Regierungszeit keine Aera geworden ist. Es betrifft auch

jene Funktionsträger im konservativen Lager, die ihn wider besseres Wissens gewählt und unterstützt haben, dies in seinen Strukturkonservatismus geteilt und aus den Fallen seiner Leerformeln Nutzen gezogen haben. Vielleicht ist an dieser Stelle auch eine Spur redlicher Selbstkritik an der sozialistischen, meiner Landtagsfraktion, angebracht.

Es ist uns in dieser Zeit nicht genügend gelungen, auf diese Sachverhalte, Widersprüche, Fehler aufmerksam zu machen, die Bevölkerung dafür zu gewinnen, sie möglicherweise auch dagegen zu mobilisieren und der Kritik durch entsprechende Wahlergebnisse Nachdruck zu verleihen. Darüber werden wir auch in aller Öffentlichkeit selbst nachdenken müssen, dafür ist hier nicht der Platz.

Ich wollte nur auch unseren Anteil daran, daß es keine Aera Keßler gab oder gibt, festhalten.

Meine Damen und Herren, Landeshauptmann Dr. Herbert Keßler war ein zutiefst strukturkonservativer Politiker, der sich gesellschaftlichen Veränderungen nicht offensiv stellte, notwendige kulturpolitische Maßnahmen durch scheinphilosophisch überhöhte Grundsatzbekenntnisse zu kompensieren versuchte und auf diese, seine eigenen Leerformeln, hineinfiel.

Leerformeln, meine Damen und Herren, gab und gibt es genug. Partnerschaftlicher Solidarismus, zielbewußte Subsidiarität, volksnaher Föderalismus, das christliche Abendland, alemannische Sitte und Moral usw. bildeten den Rahmen, in dem Herbert Keßler seine Politik umzusetzen versucht. Alle, die sich mit diesen Leerformeln nicht identifizierten, wurden zum Feindbild abgestempelt. Für ihn steht und stand der Feind daher stets links. Ein wörtliches Zitat aus der VIII. Sitzung des Vorarlberger Landtages aus dem Jahre 1975 »... und es galt für Herbert Keßler, Mauern gegen den Sozialismus zu bauen« — eine weitere Floskel, zu der er sich im Zuge eines Wahlkampfes vor einigen Jahren einmal hinreißen ließ. Diese Sprache, meine Damen und Herren, verrät den Menschen und den Geist, der dahintersteckt. Es ist nicht der Geist einer sich rasch entwickelnden Gesellschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, sondern sie enthält vieles vom Ungeist früherer Zeiten mit seinen traurigen Konsequenzen. Und die Mauern gegen den Sozialismus, meine Damen und Herren, waren für Dr. Herbert Keßler real existierende Politik. Nicht nur Zäune und Stacheldrähte gegen alles, was er für Sozialismus hielt, sondern auch gegen sehr viel liberales und fortschrittliches Gedankengut.

Diese Sichtweise der Politik, Hoher Landtag, ermöglicht es daher nicht, nach seiner 23-jährigen Tätigkeit, von einem Landeshauptmann für alle Vorarlberger zu sprechen. Und auch die politische Kultur hat gelitten. Das Gespräch zwischen den Parteien ist auf ein Minimum reduziert worden. Zumindest zwischen Ihnen, Herr Landeshauptmann, und jenen Parteien, die Veränderung auf gesellschaftlicher, ökonomischer und ökologischer Ebene in Anspruch nehmen und den Menschen mit seiner Lebensumwelt in den Mittelpunkt ihrer politischen Anliegen stellen. Der sichtbarste Ausdruck Ihrer politischen Intoleranz war der Hinauswurf Ernst Winders

aus der Vorarlberger Landesregierung. Weil er in grundsätzlichen Fragen der Reform, der Arbeitsverfassung, der ORF-Reform, der Fristenlösung und der Kontroversen über die Auslegung der Illwerke-Verträge eine andere Meinung vertrat als die Mehrheitsfraktion, wurde ihm der Stuhl für die Tür gestellt.

Ihre Toleranz, Herr Landeshauptmann, reichte für das sozialistische Regierungsmitglied soweit, daß es, wenn es sich nicht zum offiziellen Erfüllungsgehilfen der ÖVP degradieren ließ, aus der Regierung hinausflog, gegenüber der sozialistischen Partei soweit, daß Sie bestimmen wollten, wer Ihr Vertrauen für ein Regierungsmandat zu genießen hat und wer nicht. Sichtbarer Ausdruck der Intoleranz ist noch immer Ihr Anspruch, keine Regierung zu bilden, die Ihren tatsächlichen politischen Verhältnissen entspricht.

Ihr Demokratieverständnis ist ausschließlich auf Machtausübung durch Mehrheiten reduziert. Die von Ihnen oft zitierte direkte Demokratie ist lediglich als Instrument zur Bekämpfung von Positionen von Minderheiten verständlich und hat mit dem Gedanken der direkten Demokratie nur den Namen gemeinsam. Und zu einem Lernprozeß waren Sie nur fähig, wenn es darum ging, Ihre Macht zu sichern.

Als die ÖVP aufgeben mußte, die Politik dieser Republik für alle Zukunft allein zu gestalten, konnten Sie sich plötzlich für die Konzentrationsregierung auf Bundesebene erwärmen. Was von Ihnen und Ihrer Partei mit einer Wertediskussion verbrämt wurde und wird, ist nichts anderes, meine Damen und Herren, als die Praktizierung von Machtpolitik, die nicht mit einem Jota an Harmonisierungsbestrebungen, ein Wesensmerkmal der Demokratie, versehen wurde.

Dieses krasse Beispiel ist kein Einzelfall für diese Grundhaltung. Sie hat sich fortgesetzt, das ist in den letzten beiden Tagen schon in Diskussionen zum Ausdruck gekommen, in einer konsequent schwarzen Personalpolitik und zwar auf allen Ebenen, auf denen es Posten zu besetzen galt.

Meine Damen und Herren, die ÖVP-Gesinnung war noch allemal so wichtig wie die Qualifikation. Ich möchte damit nicht sagen, daß Qualifizierte keine ÖVP-Gesinnung haben dürfen, aber die Zugehörigkeit zu dieser stockkonservativen Gesinnungsgemeinschaft allein soll noch kein hinreichendes Qualifikationsmerkmal sein. (Zwischenruf Dr. Lins: Eine Gelegenheit, sich lächerlich zu machen! — Zwischenrufe! ...Jetzt langt's!) Und diesen Eindruck muß man jedoch gewinnen, wenn man die Keßler'sche Personalpolitik vom schulischen Bereich bis zur Vorarlberger E-Wirtschaft, von kulturellen bis zu halböffentlichen Institutionen auch nur oberflächlich durchleuchtet, von der Personalpolitik hier im Landhaus gar nicht zu reden. Von einigen Alibieinstellungen abgesehen, hat ein »Nicht-Schwarzer« in diesem Hause keine Aufstiegschancen.

Die Regierungszeit Dr. Keßler's, meine Damen und Herren, war aber auch gekennzeichnet von einem harten Kampf um Minderheitenrechte in der neuen Landesverfassung. Vielleicht wäre hier ein Ansatz zu einer Aera

Keßler gewesen. Doch nein, die Ausformung der neuen Landesverfassung war gekennzeichnet von einem mühsamen Kampf um Minderheiten und Kontrollrechte. Und das Untersuchungsrecht ist immer noch ein Mehrheitsrecht, das von Ihrer Fraktion laufend torpediert wurde. Eine parlamentarische Untersuchung - und Beispiele gibt es mehr als genug, haben Sie bis heute abgelehnt. Weder im Fall Renner noch bei der TKV, wo über 100 Mio S verlorcht wurden, haben Sie eine parlamentarische Untersuchung ermöglicht. Sie haben mit Ihrer Mehrheit diese parlamentarische Waffe außer Kraft gesetzt, weil Sie wußten, welch verheerende Resultate deren Anwendung für Sie erbracht hätte.

Im Lichte unserer Verfassungserfahrungen mit der ÖVP müssen Sie sich allerdings den Vorwurf gefallen lassen und dies ist auch eine Facette dieser Regierungszeit, daß Sie verfassungsrechtliche Zugeständnisse an die Minderheitsfraktionen vortäuschten, mit dem inneren Vorbehalt, sie mit Hilfe Ihrer Mehrheit nie zu praktizieren.

Meine Damen und Herren, das ist auch Rechtsstaatlichkeit à la ÖVP, übrigens eines Ihrer Lieblingsschlagworte, Herr Landeshauptmann, das offenbar im Falle der Verfassung mit Vertrauensbruch gleichgesetzt wird.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, zu einem besonderen Markenzeichen der Regierungszeit Dr. Keßler's überleiten - zum ideologisch getönten Föderalismus, mit dem sich die Vorarlberger SPÖ, wie Sie wissen, aus guten Gründen, nie anfreunden konnte. Ihr Föderalismus, die Rede Herr Landeshauptmann, bedürfte einer umfassenden Analyse. Lassen Sie mich vorerst mit Zustimmung des Herrn Vizepräsidenten Dr. Herbert Keßler aus der 2. Sitzung des XXII. Vorarlberger Landtages vom 13. November 1974 wörtlich zitieren: »Die Grundvorstellung des Föderalismus besteht darin, die in ihrer Würde und Freiheit gesicherte menschliche Persönlichkeit in eine geordnete, sich gegenseitig stützende, vom Kleinen ins Große wachsende Gemeinschaft einzufügen. Heute ist es dringender denn je, dem staatlichen Wirken Grenzen zu setzen, um die persönlichen Bereiche des sozialen Lebens, das Ich, die Ehe, die Familie, die privaten Einrichtungen, die Gemeinden und daran anschließend die höheren Verbände gegen eine das Leben mechanisierende Staatsgewalt zu schützen«. Ende des Zitats.

Mit dieser Definition, Herr Landeshauptmann, haben Sie den Begriff der Subsidiarität aus der katholischen Soziallehre übernommen und diesen durch die Bezeichnung Föderalismus ersetzt. Das eine wie das andere ist unseres Erachtens von Ihnen unverstanden geblieben. Föderalismus, und den haben Sie immer wieder angezogen, ist doch im wesentlichen, meine Damen und Herren, nichts anderes, als ein progressiveres Verständnis der Gewaltenteilung. Wenn Sie diese, Ihre eigene Definition, ernst genommen hätten, Herr Landeshauptmann, dann hätte sich Ihr föderalistischer Lärm nicht auf den Ruf nach Kompetenzübertragungen vom Bund auf das Land verkürzt, sondern Sie hätten den kooperativen Bundesstaat angestrebt, dessen Eckpfeiler ein moderner, bis zum einzelnen Bürger durchgängiger Föderalismus ist, der Selbst-

verwaltung, Selbstbestimmung, Eigenständigkeit, meinetwegen auch Subsidiarität bedeuten könnte. Die Effizienz eines solchen Föderalismus wäre jedem Bürger erklärbar und verständlich gewesen und Sie hätten für ihn viele, auch uns, als Mitstreiter gefunden.

Ihre Praxis, und dieses Eindrucks können wir uns nicht verwehren, war allerdings nicht nur gegenüber dem Bund, auch gegenüber den Gemeinden, Bürgerinitiativen und Bürgern im Land, eine konträre. Ihr eigentliches föderales Anliegen war aus unserer Sicht eher parteipolitisch motiviert, Föderalismus nur dort zu verwirklichen, wo er mit parteipolitischer Macht für die ÖVP verbunden war. Was Ihnen der Wähler auf Bundesebene versagte, sollte durch Kompetenzabtretungen an das Land kompensiert werden.

Meine Damen und Herren, der Herr Landeshauptmann wurde in den letzten Wochen nicht müde, die Erfolge seiner Tätigkeit den Bürgern näher zu bringen. Seine Schwerpunkte waren die Wirtschaftspolitik, die Sozial- und Kulturpolitik, Gebiete, auf denen aus seiner Sicht Großartiges geleistet wurde.

Ich will, meine Damen und Herren, um mit der Wirtschaftspolitik zu beginnen, gar nicht bestreiten, daß Vorarlberg verglichen mit anderen Regionen Österreichs durchaus Kennziffern einer entwickelten Region aufweist. Sind dies aber wirklich die Erfolge von Herbert Keßler? Sind es nicht eher die regionalpolitischen Gegebenheiten, die zentrale Grenzlage, der offene Markt an allen Grenzen, das Fehlen einer krisengeschüttelten Grundstoffindustrie, die Beschäftigungsmöglichkeiten von Arbeitnehmern im nahen Ausland und vieles andere mehr? Wir müssen, glaube ich, unsere Wirtschaftspolitik an höheren Ansprüchen orientieren, als daß unsere Region einen Vergleich mit anderen krisengeschüttelten Gebieten aushält. Wir dürfen, Herr Landeshauptmann, vor allem auch die Schwächen, die es in unserer Wirtschaft gibt, nicht verschweigen.

Lesen Sie doch das Ergebnis Ihrer Wirtschaftspolitik in der neuen vielzitierten Prognosstudie nach. Ich möchte jetzt nicht auf alle Einzelheiten eingehen. Diese Auseinandersetzung »en detail« werden wir mit dem neuen Landeshauptmann führen, aber doch zwei Bemerkungen zu Ihrer Wirtschaftspolitik machen.

Sie hat, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, im Grunde doch nie stattgefunden. Nirgendwo war die konservative Devise, ein Staffelläufer auf der Stelle zu sein, um ein geflügeltes Wort abzuwandeln, so augenscheinlich wie in der Wirtschaftspolitik. Jede Strategie, sofern man von einer solchen reden kann, baute doch auf Zurückhaltung in der Einkommenspolitik, Gewinnrepression und Währungsabwertung auf und nicht auf der Forcierung technologieintensiver Produkte und Verfahren, die sich durch erfolgreiche Planung und ebensolches Marketing auf expandierenden Märkten behaupten. Sie haben zwar, das sei unbestritten, Konzepte erstellen lassen, die in Ihren Schubladen verstaubt sind, weil Sie nicht im Traume daran dachten, sie umzusetzen. Bei Ihnen erschöpfte sich die Wirtschaftspolitik in der unkritischen Anbetung des Marktes und in der Diffamierung der wirt-

schaftspolitischen Tätigkeit des Staates. Und ich sage Ihnen, die wirtschaftlichen Resultate, auf die Vorarlberg stolz sein kann, das stellen auch wir fest, sind nicht wegen, sondern trotz dieser Wirtschaftspolitik zustande gekommen (Heiterkeit), und dem Fleiß, dem Engagement, der Initiative und wohl auch der Risikofreudigkeit der Vorarlberger zu verdanken.

Gleiches, meine Damen und Herren, gilt für die Sozialpolitik. Zugegebenermaßen, in Ihrer Aera hat sich ein gewaltiger Wandel beim Bau von Krankenanstalten vollzogen. Nur, meine Damen und Herren, waren diese Investitionen angesichts des katastrophalen Zustandes unumgänglich. Jahre brauchte man, um etwa den schlechten Ruf des Krankenhauses Valduna abzubauen. Hier folgte Ihre Politik lediglich Zwängen, gegen die Sie keine Mauer bauen konnten. Und ich möchte diesen Wandel aber gelten lassen, Herr Landeshauptmann, und mich ein wenig mit Ihren vielstrapazierten Begriffen »föderalistische Sozialpolitik« und der Anwendung des Subsidiaritätsprinzips in der Sozialpolitik auseinandersetzen.

In vielen, vielen Reden haben Sie den Eindruck zu erwecken versucht, daß die Sozialpolitik der kleinen Netze eine Alternative zur sozialen Zentralbürokratie sei, wie Sie sich ausdrückten. Daß die derzeitige Krise des Sozialstaates eine Wachstums- und Verteilungskrise ist und nur durch strukturelle Reformen der Gesellschaft behoben werden kann, diese Erkenntnis konnte man von Ihnen nicht hören. Die großen Netze der sozialen Sicherung, die die Konservativen dieses Landes Sozialbürokratie nennen, sind die historischen Erungenschaften der Arbeiterbewegung, wenn Sie wollen, der Sozialdemokratie, und dafür gibt es keinen Ersatz. Eine Sozialpolitik, die die gesamtwirtschaftliche Solidarität abbauen will, wird Armut zur Folge haben und ich sage Ihnen, die Caritas wird keine geeignete sozialpolitische Alternative sein.

Freilich müssen die Einrichtungen der staatlichen Sozialpolitik durch die Beteiligung der Bürger demokratisiert werden und damit die Selbstverwaltung, Selbstbestimmung und Selbstverantwortung der Hilfsbedürftigen zulassen. Einen fortschrittlichen Sinn, Herr Landeshauptmann, meine Damen und Herren, als gesellschaftliche Hilfe erhält das Prinzip der Subsidiarität nur in einem dualen System der Kombination von großen und kleinen Netzen der sozialen Sicherung und nicht durch die permanent falsche und wie ich meine, gefährliche Parole, die kleinen Netze könnten die großen ersetzen und vollends zum Scheitern verurteilt ist ein System der Subsidiarität, die die großen sozialen Anliegen und Aufgaben marketing- und gewinnorientierten Unternehmen überträgt, wie Sie es mit der Meda praktiziert haben.

Meine Damen und Herren, wenn soziale oder psychische Hilfsbedürftigkeit noch ein Geschäft für Private wird, dann versagt die verantwortliche Gebietskörperschaft und eine staatliche Gemeinschaft gibt eine ihrer wichtigsten Aufgaben preis. Wirtschaftspolitischer Laissez-faire, der beinahe unsozialistischem Manchesterliberalismus entsprach, stand keinesfalls ebensolche Liberalität in der Kulturpolitik gegenüber. Hier herrschten die allemannisch wertgefestigten Zäune am sichtbarsten, meine

Damen und Herren. Der geistige Umweltschutz, ein Lieblingsbegriff von Dr. Herbert Keßler, war und ist aus unserer Sicht das Synonym für die geistige Enge der Kulturpolitik dieses Landes und ihres obersten Repräsentanten.

Die Wertungen der Kulturpolitik können nicht nur nach steigenden Budgetzahlen, Herr Landeshauptmann, vorgenommen werden, sondern auch, und vor allem der Geist, der hinter ihr steht, ist auf den Prüfstand zu stellen. Dieser Geist, Hoher Landtag, war illiberal. Immer wieder haben Sie versucht, den Vorarlbergern Ihre moralischen Wertvorstellungen auch in der Kultur aufzuzuktroieren. In allen kulturpolitisch wichtigen Gesetzen wurde eine Handhabe zum Eingriff in die freie Urteilsbildung mündiger Bürger geschaffen. Die Landesregierung, in der offenbar die einzigen Vorarlberger mit wertgefestigtem Charakter sitzen, sollte als einzige Institution die Rolle einer moralisch bewertenden Überinstanz für das subjektive Empfinden höchst unterschiedlicher Individuen und Persönlichkeiten sein. Diese Geisteshaltung erinnert in fataler Weise, meine Damen und Herren, an eine völkisch-organische Betrachtungsweise von Kunst und Kultur, die zur Ausgrenzung von Abartigem neigt. (Heiterkeit)

Ausfluß dieser Geisteshaltung war etwa das Lichtspielgesetz, das Jugendgesetz, Ihr Vorgehen gegen kritische Kulturschaffende und Initiatoren mit Disziplinarmaßnahmen und des Herrn Landeshauptmannes letzter Höhepunkt der vorliegende Entwurf des Veranstaltungsgesetzes.

Meine Damen und Herren, die kritischen Anmerkungen zur Regierungszeit Dr. Herbert Keßler's ließen sich fortsetzen. Ich habe noch kein Wort über die verfehlte Raumordnungspolitik gesprochen, die mit einer unreflektierten Eigentumsideologie gekoppelt ist. Sie hat zur Enteignung der Vorarlberger Bevölkerung an Landschaft geführt. Ein Siedlungswildwuchs ohnegleichen macht einen funktionsfähigen öffentlichen Verkehr wirtschaftlich unorganisierbar. Ich habe nicht, meine Damen und Herren, von Ihrer Schulpolitik geredet, die aus unseren Vorarlberger Kindern die schlechtesten Schüler, die meisten Sitzenbleiber (Heiterkeit) machte.

Lesen Sie die Statistiken nach, die meisten Sitzenbleiber, die meisten Schüler im zweiten Klassenzug, am wenigsten Mittelschüler, die seltensten Studenten!

Dies war nur eine Facette, meine Damen und Herren, Ihrer unermüdlich gepriesenen Familienpolitik. Eine andere, von der ich nicht geredet habe, war die Wohnpolitik. Vorarlberg hat einen gewaltigen Mangel an kostengünstigen Mietwohnungen, an Wohnungen, die für einen Vorarlberger Durchschnittseinkommensempfänger erschwinglich sind. Wie oft, Herr Landeshauptmann, haben wir eine große gemeinsame Anstrengung gefordert, ein Wohnbauprogramm, das günstige Mieten sichert, das Arbeitsplätze und Investitionen schafft, die Zersiedelung aufhält, Menschen mobiler und unabhängiger macht. Wir sind bei Ihnen stets auf taube Ohren und Unverständnis gestoßen.

Meine Damen und Herren, die Beispiele ließen sich fortsetzen. Anhand einiger habe ich versucht deutlich zu machen, warum die allzu rosige Bilanz Ihrer Regierungs-

zeit etwas zugunsten der politischen Wirklichkeit des Landes korrigiert werden muß. Und diese Korrektur macht es verständlich, warum sich auch in der Stunde des Abschiedes der Schmerz der sozialistischen Fraktion in Grenzen hält. Wir haben Ihre Politik erbittert und heftig bekämpft, weil wir sie in der Sache vielfach für falsch und daher für anfechtbar hielten. Nun erwartet uns ein neuer Landeshauptmann. Wir haben wenig Hoffnung, daß dieser eine Änderung der Politik bringt. In mancher Hinsicht erschien er uns ein noch strammerer Konservativer zu sein, als Sie es waren und das will etwas heißen. (Applaus)

Der weltläufig anmutende, modern wirkende Habitus kann dies nicht kaschieren. Uns Sozialisten täuscht dieser Habitus nicht, Herr Dr. Purtscher, über den rechten Standort hinweg, den Sie im konservativen Lager dieses Landes einnehmen. Es steht zu befürchten, daß nach einigen Jahren Erfahrung mit dem Duo Purtscher-Sausgruber unser heutiger Standpunkt zu Ihrer Regierungstätigkeit, Herr Dr. Keßler, zwar nicht korrigiert, so doch relativiert werden muß. Möglicherweise werden wir dann das heute Undenkbare tun, mit Wehmut an die liberale Aera Keßler zurückdenken.

Wie Sie diesen Andeutungen, Hoher Landtag, meine Damen und Herren, entnehmen können, sehen wir keinen Anlaß, Herrn Dr. Martin Purtscher einen Vertrauensvorschuß zu erteilen. Die Fraktion der sozialistischen Abgeordneten in diesem Hause wird ihm daher die Stimme versagen.

Vizepräsident Berchtold: Als nächster Redner ist der Klubobmann der Freiheitlichen, Dr. Mader, am Wort.

Dr. Mader: Herr Vizepräsident! Hoher Landtag! Geschätzte Ehrengäste! Sehr verehrter Herr Landeshauptmann Dr. Keßler! Diese heutige Sitzung, die als Sondersitzung einberufen worden ist, ist doch, glaube ich, durch die Rede vom Kollegen Keckeis in etwas hineingedrängt worden, das mir persönlich nicht paßt. Ich sage das hier bewußt und zwar auch deshalb, weil wir als Landtag in unzähligen Sitzungen die Chance und Möglichkeiten hatten und haben, sachinhaltliche oder politisch-ideologische Unterschiede in aller Härte auszutragen und das ist nach meiner Ansicht heute hier nicht der Platz, das fortzusetzen. (Beifall!)

Wenn Sie heute nach 23 Jahren Regierungsvorsitz sich aus der öffentlichen Politik verabschieden, Herr Landeshauptmann Dr. Keßler, so kann trotz aller politischen Differenzen, die im Laufe der vielen Jahren notwendig waren, an den positiven Ergebnissen Ihrer Arbeit für das Land eine Würdigung nicht ohne einen Rückblick erfolgen.

Im Jahre 1964, als Sie zum ersten Mal zum Landeshauptmann gewählt wurden, haben Sie, wie Sie selbst in Ihrer Rede schon ausgeführt haben, Ihre Arbeit unter dem Titel und unter den Leitsatz gestellt »Tue recht und scheue niemand!« Ich möchte das insofern wiederholen, daß das sicherlich ein Motiv war, dem man voll und ganz zusprechen kann. Allerdings jedem recht gemacht haben Sie es nicht, aber das ist an und für sich bei den Politikern,

glaube ich, das übliche Los. Die freiheitliche Landtagsfraktion hat Sie jeweils mitgewählt und damit Ihnen ihr Vertrauen ausgesprochen. Wenn auch die Zeit, in der Sie regierten, eine von wirtschaftlicher Prosperität war und die Steuereinnahmen für die Ausgabenpolitik eine solide Einheit auch für das politische Handeln darstellten, so kommt es immer doch auf den Menschen an, der die Geschicke leitet und diese Geschicke haben Sie für 23 Jahre in diesem Lande geleitet. Um die Liste der Veränderungen seit 1964 deutlich zu machen, aber nicht zu lange zu werden und mich auch zu wiederholen, möchte ich die wichtigsten Leistungen dieser 23 Jahre, die sicher nicht vollständig sind und sich hauptsächlich auch auf die Bauten konzentrieren, hier noch einmal kurz anführen:

Der Neubau dieses schönen Landhauses in Bregenz, die Gründung und Mitgestaltung der ARGE ALP, der Einsatz für den Föderalismus, die Landesfeuerwehrschule, das Konservatorium, die Erwachsenenbildung in Schloß Höfen, die Renovierung des Gallusstiftes mit Übersiedlung der Landesbibliothek, Unterstützung beim Bau von Pflicht- und Bundesschulen, Ausbau der Berufsschulen, Förderung des Festspielhauses, der Landessportschule und im besonderen die Förderung des Baues von tausenden Eigenheimen, Eigentumswohnungen und Mietwohnungen in bester Qualität, Ausbau des Spitalwesens mit dem Neubau aller Spitäler, Einrichtung der Vorsorgemedizin, die direkte Förderung der Bergbauern durch Alp- und Flächenprämien, den Landesstraßenbau in den Berggemeinden von Möggers bis Silbertal, Güter- und Alpwege, den Autobahnbau und die vier Tunnels Pfünder, Amberg, Dalaas und Arlberg, auch der zweigleisige Ausbau der Bahn zwischen Bregenz und Feldkirch, die Erdgasleitung bis Bludenz, die Kraftwerksneubauten, der Güterbahnhof und die Abwasserbeseitigung und Wasserversorgung.

Bei all diesen positiven Elementen gibt es aber bei jedem etwas, das nicht gelingt. Auch bei Ihnen Herr Landeshauptmann, waren es einige Punkte, die nicht ganz nach Ihren politischen Wunschorstellungen abliefen, wobei ich Differenzen zwischen Ihnen und mir in bezug auf das Konservatorium und die Bregenzer Festspiele anführen möchte, wo sich aber vieles zum Guten entwickelte. Ich sehe es aber heute in dieser Stunde nicht als meine Aufgabe an, alles zu werten, sondern einem besonderen Bürger, dem ersten unseres Landes, Dankeschön zu sagen für den Einsatz für das ganze Vorarlberg, auf das wir alle stolz sein können, indem wir im österreichischen Konzert zwar nicht die 1. Geige spielen, aber mit guten Tönen diesem Orchester unseren eigenständigen Charakter in der Vergangenheit und ich glaube auch in der Zukunft geben.

Lassen Sie mich, Herr Landeshauptmann, im eigenen wie auch im Namen meiner Kollegen der Freiheitlichen Landtagsfraktion heute und von früher Ihnen die besten Wünsche für Ihren wohlverdienten Ruhestand übermitteln mit dem Wunsch, daß Sie diesen noch lange genießen können und er Sie für viele entbehrten Stunden Ihrer Muße entschädigt.

Sie können mit Genugtuung heute sagen: Ich habe ein

Werk vollbracht. Neue Kräfte sollen es weiterführen.

Aufrichtigen Dank und alles Gute für die Zukunft. (Beifall!)

Vizepräsident Berchtold: Das Wort hat nun der Abg. Simma. Ich erteile es ihm.

Simma: Herr Vizepräsident! Hoher Landtag! Sehr geehrter Herr Dr. Keßler!

Meine Freunden von der grünen Landtagsfraktion, denen, manchmal auch in diesem Hause, Wald- und Wiesenutopien nachgesagt werden, haben mich gebeten, aus unserer Sicht zum Landeshauptmannwechsel Stellung zu nehmen.

Eine Bitte, die mir ehrlich gesagt, nicht wenig Kopfzerbrechen bereitet hat. Was soll man denn da sagen als Angehöriger eines Jahrgangs, der gerade zur Schule ging, als Dr. Herbert Keßler zum Landeshauptmann von Vorarlberg bestellt wurde? Aber auch als Mitstreiter einer Gruppierung, die vor knapp drei Jahren für den Vorarlberger Landtag kandidierte, weil sie der Meinung war, daß viele unsere gemeinsame Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft betreffende Fragen nur ungenügend von den damals im Landtag und Landesregierung tätigen Kräften bearbeitet wurden. Sollte ich nun damit beginnen, in der politischen Geschichte des Landeshauptmanns zu kramen? Alte Protokolle aufzustöbern? In guter alter Art den Vergleich zwischen seinen Aussagen, Plänen, Wünschen und dem Erreichten, Verwirklichten sowie dessen Sinnhaftigkeit aus heutiger, nachträglicher Sicht zu ziehen? Wie lassen sich die auf den ersten Blick gegensätzlichen Ansprüche einer Anerkennung und Würdigung eines mit großem persönlichen Einsatz und Aufwand zustandekommenen politischen Lebenswerkes einerseits, und eines aus unserer heutigen Sicht unabdingbar scheinenden Kurswechsels in vielen Politikbereichen gebührend und real nebeneinanderstellen?

Ich ging davon aus, daß andere Kollegen hier und heute auf die sachpolitischen Entscheidungen der Aera Keßler, auf ihre Höhen und Stärken und auch die weniger prunkvollen Stunden in Ihrem politischen Leben, Herr Landeshauptmann, hinweisen werden und möchte mich mit einigen, eigentlich sehr persönlichen, Bemerkungen begnügen.

Herr Dr. Keßler! Ich erinnere mich gerne an ein kurzes Gespräch nach der Landtagswahl mit Ihnen als erste Begegnung nach Ihrer sehr ernsthaften Abwehrschlacht gegen uns maschinenstürmende auf die Bäume zurückwollende Grüne. Ihr Angebot an uns, in Sachen Regierungsbeteiligung war sicher ein formelles und jeder von uns wußte vorher, was er wollte. So wage ich zumindest zu vermuten. Aber es kam Wärme auf. Ich meinte das auch bei Ihnen damals zu spüren und das war überraschend für uns und vor allem war es schön.

Ähnlich genossen habe ich auch, wenn wir uns hier im Hause zwischen den wogenden Debatten oder bei festlichen Anlässen über den Weg gelaufen sind und ich von Ihnen trotz unserer oft gegensätzlichen Ansichten einen freundlichen Blick gewidmet bekam, oder auch ein väter-

lich und nicht unherzliches: »So, wie gehts?«

Herr Dr. Keßler, ich habe auch mit Genugtuung die unverkennbare Gelöstheit, die Sie in der jüngeren Vergangenheit angesichts Ihres Abschieds aus Ihrer ohne Zweifel schwer in Anspruch nehmenden Aufgabe an den Tag zu legen begonnen haben, sehr angenehm empfunden. Für mich hat diese Gelöstheit sehr nach Zukunft gerochen, nach einer Zukunft und einer Gelöstheit, die wir als Politiker uns, auch im Amt befindliche Politiker, doch mehr vornehmen sollten. Schon nach meiner dreijährigen Tätigkeit merke ich nämlich, wie diese politische Eingespanntheit an Nervenkraft, Fantasie und Ausgelassenheit abverlangt. Wieviel Kraft müssen erst drei Jahrzehnte erfordern?

Auch wenn die Grünen heute viele politische Entscheidungen aus den Erfahrungen mit ihren Folgen heraus nicht einfach verstehen oder akzeptieren können, sondern auf ihre Korrektur und neue Wege drängen, so stehe ich doch nicht an, Ihnen, Ihrer Frau und Ihren Kindern, Ihren Freunden und Bekannten, Dank und Anerkennung für diesen großen Kraftaufwand, den Sie für dieses Land geleistet haben, zu sagen.

Danken möchte ich Ihnen auch dafür, daß Sie trotz Unkenrufen von anderer Seite sich Zeit gelassen haben bei manchen Entscheidungen, zur genauen Erhebung der Grundlagen. Ich weiß, vielleicht fällt es Ihnen schwer, diesen Dank anzunehmen, aber aus unserer Sicht wahr beispielsweise Ihr Rückzieher bei den Kraftwerken an der Unteren 111 die Chance, die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen. Ich denke an die Entwässerung unserer Landschaften, die Chance, die für öffentliche Energiepolitik verfügbare personellen und finanziellen Kapazitäten besser einzusetzen und auch die Chance auf ein gedeihliches politisches Klima zwischen den Interessengruppen in diesem Land.

Herr Landeshauptmann, wir danken Ihnen für jede nicht gebaute und nicht ausgebaute Straße, für jeden nicht verbauten oder verströmten Fluß, für alle nicht entwässerten Feuchtgebiete und nicht LKW-befahrbar gemachten Alpen, für jedes Lift- und andere sogenannte Infrastrukturprojekt, das Sie uns erspart haben.

Sie haben uns Jüngeren damit ein Stück Geschichte und Heimat, aber auch Gestaltungsmöglichkeit für die Zukunft bewahrt.

Sehr geehrter Herr Dr. Keßler! Ihr politisches Wirken ist in eine Zeit gefallen, die von einem fast unvorstellbaren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel gekennzeichnet war. Rasante wissenschaftliche und technische Entwicklungen und sogenannte wirtschaftliche Expansion mit und als Folge eines Wertewandels bis hin zur Materialisierung allen Lebens entpuppen sich zunehmend als großer Zerstörungsvorgang an unseren materiellen und geistigen Lebensgrundlagen. Viele Politiker erkennen zwar diese Entwicklung zumindest in Ansätzen, aufgrund von sogenannten Sachzwängen sehen sie aber bisher nur wenig Möglichkeiten, das Steuer entscheidend herumzureißen. Vor dieser in allen Industrieländern vor sich gegangenen Entwicklung ist auch unsere enge Heimat Vorarlberg nicht verschont geblieben. Es wäre nun

vermessen, etwa unserem scheidenden Landeshauptmann eine allzu maßgebliche Schuld an dieser Entwicklung zu geben, genauso falsch wäre es aber, in dieser Stunde des Wechsels so zu tun, als ob es um das Haus Vorarlberg allzu gut bestellt wäre und der bisherige Weg einfach fortgesetzt werden könnte.

Manche von uns, auch mir geht es manchmal so, befürchten, daß der kommende Landeshauptmann Dr. Purtscher nun endlich durchstarten soll. Genährt wird diese Befürchtung aus dem Wissen, daß er zu jenen Kräften unseres politischen Mitbewerbers ÖVP gehört, in deren Reihen manche nach wie vor zu glauben scheinen, die Aufgaben der Gegenwart und Zukunft mit den ihrer Meinung nach zu kurz gekommenen und von sogenannten grünen Utopisten verhinderten Mitteln der Vergangenheit lösen zu können.

Hauptaufgabe eines zukünftigen Wirtschaftslandeshauptmannes, sei es daher die S18 und andere noch nicht vollzogene Landschaftszerstörungen durch Straßen, den Ausbau der Unteren 111 und die anderen Flußverbauungen durch Kräftwerke "sowie das Zeitalter des Luftverkehrs in Vorarlberg endlich zu verwirklichen, um nur einige exemplarische Beispiele zu nennen. Wirtschaftspolitik soll sich nach diesen Vorstellungen vor allem auf Förderung exportorientierter Industriepolitik beschränken und hier sei die Hauptaufgabe, neue Technologien anzubieten und das sogenannte Humankapital entsprechend zu formen. Das seien die Aufgaben, die auf den neuen Landeshauptmann warten, um den Industrietanker Vorarlberg auch im Hinblick auf das Jahr 2000 auf Erfolgskurs zu halten.

Doch halt, Befürchtungen kann und wird man immer wieder haben. Doch sind sie sicherlich bestenfalls eine untergeordnete Grundlage politischer Mitgestaltung. Gehen wir es positiv an, gerade heute in dieser feierlichen Stunde. Wir haben sehr konkrete Vorstellungen davon, wie es in unserem Land weitergehen sollte. Viele Aufgaben warten darauf, in einem Klima aufbauenden politischen Arbeitens in Angriff genommen zu werden. Die Aufgaben von gestern mögen Straßenbau und schnellere Autos, Kraftwerksbau und sogenannte Kulturlandgewinnung, rein quantitativ mehr materielle Güter und Freizeitkonsum gewesen sein.

Die Aufgaben von heute und morgen, meinen wir, liegen in der Hinwendung zur umweltverträglichen Energieversorgung, wir stehen am Eintritt in das Sonnenzeitalter, in der ganzen Weite der Maßnahmen im Bereich der Wohnumweltsanierung hin zu schöneren Möbeln, zu schöneren Häusern und Verkehrsberuhigung. Im ganzen Bereich der Umweltsanierung, ich möchte exemplarisch nur den Wald nennen, in unweitfreundlicher Produktion von gesunden Lebensmitteln in der Landwirtschaft sowie - und das ist mir ein besonderes Anliegen - im zentralen Bereich der Wieder-in-Ordnung-Bringung unseres Zeithaushaltes. Konkret: die Menschen in Vorarlberg brauchen wieder mehr Zeit für ihre Partner, Kinder, Freunde und für sich selbst. Neue Technologien als Hilfsmittel lehnen wir in keiner Weise ab, wir möchten sie aber nicht als große Brüder über uns haben.

Wir sind nicht so vermessen zu glauben, all diese Dinge wären durch Politik zu verordnen, im Gegenteil. Wer aber die Rolle sogenannter mehr oder weniger öffentlicher Hände heute genauer betrachtet, weiß, welch gravierenden Einfluß sie auf alles Leben ausüben und muß erkennen, wie wesentlich in den Händen der Politik liegende Strukturveränderungen für diesen Wandel sind. Ich mag mir zumindest in dieser Stunde einfach den Glauben nicht nehmen lassen, daß wir uns mit Ihnen, Herr Dr. Purtscher als künftiger Landeshauptmann, auf diesem Weg Vorarlberg zu gestalten, begegnen können, wobei wir versichern, daß wir auf einem solchen Weg fantasievolle und tatkräftige Unterstützung zum Wohle unserer Heimat bieten werden. (Beifall!)

Vizepräsident Bертold: Nächster Redner ist der Klubobmann der ÖVP, Abg. Dr. Sausgruber.

Dr. Sausgruber! Herr Vizepräsident! Herr Landeshauptmann! Meine Damen und Herren! Ich habe nicht die Absicht, namens der großen Landespartei in die etwas klein, um nicht zu sagen kleinkariert, angesetzte Diskussion des SPÖ-Redners einzutreten. Ich möchte Ihnen nur sagen, wir sind betroffen, in welchem Ausmaß Sie Taktgefühl in den Hintergrund treten ließen. Wir werden in den nächsten Wochen und wir haben gestern und vorgestern Gelegenheit genug gehabt, uns über alle diese Themen ausführlich zu unterhalten. Wir werden diese Diskussion, meine Damen und Herren, führen, wir werden sie intensiv führen, aber wir werden sie nicht heute führen.

Denn in Vorarlberg, meine Damen und Herren, wird nicht jeden Tag ein Landeshauptmann gewählt und es wird nicht jede Woche ein Landtagspräsident gewählt. Heute steht beides auf der Tagesordnung. Und es gibt Augenblicke, in denen sich die Parteien ihrer dienenden Rolle bewußt sein sollten.

Meine Damen und Herren, heute ist kein Parteitag, heute ist ein Vorarlbergtag. (Beifall!)

Unsere Heimat ist kein großes Land, aber wir dürfen uns doch hin und wieder an die Leistungen erinnern, die hier erbracht werden, die oft überdurchschnittlich sind. Und wir dürfen uns auch manchmal daran erinnern, daß wir gute Gründe haben, uns in Vorarlberg wohlfühlen. Es gehört einfach zum Anstand und uns ist es ein Bedürfnis, dem scheidenden Landeshauptmann als dem Repräsentanten aller Vorarlberger, als dem ersten Mann unserer Heimat, zu danken für seinen Dienst, für sein Lebenswerk und Herr Landeshauptmann, lieber Freund, ganz besonders für die soeben kritisierte Grundsatztreue. (Beifall!)

Vizepräsident Bертold: Meine Damen und Herren! Die Redherliste zu den Erklärungen des Herrn Landeshauptmannes ist geschlossen. Der Herr Landtagspräsident hat heute an meinen Kollegen Vizepräsident Falschlunger und an mich folgende Erklärung schriftlich übermittelt: »Ich erkläre hiermit meinen Rücktritt als Präsident des Vorarlberger Landtages mit herzlichem Dank an Sie und die geschätzten Kollegen des Präsidiums für

die wertvolle Unterstützung meiner Amtsführung, die gute kollegiale Zusammenarbeit sowie die Freundschaft, die ich in den letzten Jahren erfahren durfte.«

Herr Präsident, ich darf an dieser Stelle herzlich danken für ein beispielhaftes Wirken durch 13 Jahre Vorarlberger Landtag.

Wir kommen somit zur Wahl des neuen Landtagspräsidenten.

Nach Artikel 18 der Landesverfassung und § 17 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Landtages ist eine Ergänzungswahl vorzunehmen, wenn ein Mitglied des Präsidiums aus seinem Amt ausscheidet. Dabei bestimmt Art. 18 der Landesverfassung, daß der Präsident der Landtagsfraktion derjenigen Partei zufällt, sofern die Landtagsfraktionen nicht anderes vereinbaren, die bei der vorangegangenen Landtagswahl am meisten Stimmen erreicht hat.

Ich darf daher den Klubobmann der österreichischen Volkspartei, Dr. Sausgruber, bitten, den Antrag zu stellen.

Dr. Sausgruber: Herr Vizepräsident, werte Kollegen! Ich stelle namens der ÖVP-Fraktion den Antrag, den Kollegen Bertram Jäger zum Landtagspräsidenten zu wählen.

Vizepräsident Berchtold: Ich danke für den Antrag. Meine Damen und Herren Abgeordneten! Sie finden auf Ihren Sitzen zwei Stimmzettel. Ich bitte, den Stimmzettel für die Wahl des neuen Herrn Landtagspräsidenten zu verwenden, wobei jede Stimme, die auf »Ja« oder den Namen »Jäger« lautet, gültig ist. Ich darf die Stimmzähler, die Herren Abg. Dr. Bernhard, Abg. Dipl.-Ing. Mayer, Abg. Hummer und Abg. Simma bestellen. Ich bitte Ihres Amtes zu walten. Ich bitte Sie, Herr Dr. Schwarz, die Stimmen einzusammeln.

(Die Stimmen werden gesammelt und von den Stimmzählern gezählt.)

Hohes Haus, meine Damen und Herren, ich darf Ihnen das Ergebnis der Neuwahl des Landtagspräsidenten bekanntgeben. Es sind insgesamt abgegeben worden 35 Stimmen, davon sind zwei »Nein«, drei Stimmzettel sind leer, 30 Stimmzettel entfallen auf »Bertram Jäger« (Beifall!)

Bertram Jäger ist somit zum neuen Landtagspräsidenten für den Vorarlberger Landtag gewählt. Die Angelo-bung als Landtagspräsident entfällt, da sich die Verfassung mit dem Gelöbnis begnügt, die er als Abgeordneter bei seinem Amtsantritt zuletzt im Jahre 1984 abgegeben hat.

Ich darf Dir, lieber Freund, für Deine neue Funktion recht viel Glück und Erfolg wünschen. Ich bitte Dich, den Vorsitz zu übernehmen (Beifall!)

Präsident Jäger: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Sehr geehrte Festgäste! Durch die soeben erfolgte Wahl bin ich ermächtigt, den Vorsitz über den Vorarlberger Landtag zu übernehmen. Ich danke Ihnen für das Vertrauen, das Sie mir mit dieser Wahl zum Ausdruck gebracht haben. Ich weiß, daß ich damit eine hohe Ver-

pflichtung und eine große Verantwortung übernehme und ich werde mich nach besten Kräften bemühen, dieser Verantwortung und Verpflichtung gerecht zu werden.

Ich gehöre diesem hohen Hause seit nunmehr fast 23 Jahren an und habe sowohl in den 16 Jahren im alten Landhaus, als auch in den fast 7 Jahren hier im neuen Haus viele Stunden bei Sitzungen im Klub, in den Ausschüssen und im hohen Haus erlebt. Bei den Landtagssitzungen hat zunächst noch Präsident Dr. Karl Tizian bis zum Jahre 1974 den Vorsitz geführt und ab 1974 Dr. Martin Purtscher. Ihnen möchte ich für die vorbildliche und korrekte Vorsitz- und Amtsführung einen herzlichen Dank sagen.

Aufgrund der in diesen Jahren gemachten Erfahrungen • glaube ich mit Recht sagen zu können, daß dieses Vorarlberger Landesparlament ein gutes Parlament ist. Gerade in den letzten Jahren hat die freie Diskussion in Rede und Gegenrede immer mehr Platz eingenommen und wurde zum Teil auf beachtlichem Niveau geführt. Natürlich kann es sein, daß gelegentliche Besucher Sitzungen langweilig finden. Aber wir sind eben nicht in erster Linie dazu da, dem Publikum auf der Zuhörertribüne Unterhaltung zu bieten, sondern die Materien, die die Tagesordnung vorsieht und die bereits in den Klubs und in den Ausschüssen vorberaten wurden, zu behandeln.

Die Diskussion ist in den letzten Jahren nicht nur lebendiger, sondern bisweilen auch härter geworden und ich selbst habe zu denen gehört, die mit Engagement und bisweilen auch mit Leidenschaft diskutiert haben. Allerdings gilt es bei aller Härte, die Sachlichkeit und Fairneß zu wahren. Die Erfahrung zeigt, daß die Öffentlichkeit wenig Verständnis für übertriebene Härte und überzogene Kritik hat und sie auch nicht honoriert.

Ich darf jedenfalls Sie, meine Damen und Herren Abgeordneten bitten, mir die Aufgabe der Vorsitzführung durch Disziplin und Einhaltung der Regeln der Geschäftsordnung zu erleichtern. Ich hingegen gebe Ihnen das Versprechen, in der Vorsitzführung korrekt und sachlich zu sein und mich dabei vom Grundsatz der Objektivität leiten zu lassen.

So lege ich gemäß Artikel 20 der Vorarlberger Landesverfassung das Gelöbnis vor dem versammelten Landtag ab, daß ich die Landesverfassung genau beachten und die Pflichten eines Abgeordneten und Landtagspräsidenten gewissenhaft erfüllen werde und entsprechend der Geschäftsordnung für den Vorarlberger Landtag die Würde und Rechte des hohen Hauses wahren und dafür sorgen werde, daß die dem Landtag obliegenden Aufgaben erfüllt werden.

Hohes Haus, wir alle, insbesondere jene, die schon länger in der Politik sind, spüren schmerzlich, wie das Ansehen der Politiker und der Politik in den letzten Jahren zusehends schlechter geworden ist. Ich will jetzt nicht die externen Faktoren untersuchen, die dazu geführt haben. Zweifellos gilt es auch zu überlegen, was wir dazu beitragen können, daß die Politiker und mit ihnen die Politik wieder mehr Ansehen, Geltung und Glaubwürdigkeit bekommt. Sicher kann es nicht an der Politik schlechthin liegen, denn das Wort von Julius Raab: »Nicht die Politik,

also die Sorge um das Gemeinwohl, verdirbt den Charakter, sondern ein schlechter Charakter verdirbt die Politik«, hat heute so wie einst Gültigkeit.

Sicher hat die Art, wie politische Auseinandersetzungen bisweilen geführt werden, viel dazu beigetragen. Diesbezüglich wird allerdings oft übersehen, daß die politische Auseinandersetzung notwendigerweise die gegensätzlichen Standpunkte herausarbeiten muß, weil nur dadurch den Wählern eine Unterscheidung und letztlich die Entscheidung bei der Wahl ermöglicht wird. Die parlamentarische Demokratie ist nun einmal kein erhebendes Schauspiel. Wer sich ein solches erwartet, versteht die Demokratie nicht, denn die Wunschvorstellung einer Demokratie ohne Parteienauseinandersetzungen ist auf eine falsche Idealisierung der demokratischen Staatsform zurückzuführen. Es ist bezeichnend für das häufige Unverständnis gegenüber den Parteien und der Politik, daß die natürlichen und notwendigen Auseinandersetzungen als Parteienstreit diskreditiert, gleichzeitig aber die dem Wesen der Demokratie entsprechenden häufigen Kompromisse als Schwäche oder Grundsatzlosigkeit verunglimpft werden.

Jeder hat in der Demokratie das Recht, seinen Standpunkt engagiert zu vertreten. Niemand kann aber einen Absolutheitsanspruch auf die volle und die einzige Wahrheit erheben, weil dann kein Platz mehr für Diskussion oder gar für Kompromisse bleibt. Deshalb muß die Toleranz die Grundlage des Demokratieverständnisses sein, eine Toleranz, die nicht nur die eigene Meinung gelten läßt, sondern die es auch erträgt, wenn die eigene Meinung in der Minderheit bleibt und sich nicht durchsetzen kann.

Ich jedenfalls habe in den Gremien, in denen ich zur Minderheit gehörte, und ich war in verschiedenen Gremien eine krasse Minderheit - als einziger teilweise - viel gelernt und möchte diese Erfahrungen nicht missen. Sie sind mir im neuen Amt sicherlich sehr wertvoll und werden mir zugute kommen.

Demokratisch sein und handeln, meine Damen und Herren, verlangt immer auch ein Abwägen zwischen verschiedenen Möglichkeiten. Wo es verschiedene Möglichkeiten gibt, werden die einen diese und werden die anderen eine andere Lösung bevorzugen. Die Politik aber verlangt Entscheidungen und wir als Politiker haben die Pflicht abzuwägen, was für die Allgemeinheit das Beste ist. Und dieses allgemeine Beste kann sehr wohl persönlichen oder Gruppeninteressen zuwiderlaufen. Und deshalb erfordert die Politik eben auch Mut: Mut, das für richtig erkannte zu verwirklichen, auch dann, wenn es nicht allen paßt, auch dann, wenn es Anfeindungen gibt, selbst dann, wenn ein Teil, vielleicht sogar der größere Teil der öffentlichen Meinung dagegen ist und Aktionskomitees und Bürgerinitiativen dagegen aufstehen.

Schon Talleyrand hat von der öffentlichen Meinung gesagt, sie sei eine nützliche Kontrolle, aber ein gefährlicher Wegweiser für den Politiker.

Die Zukunft der Demokratie und das Ansehen der Politiker werden nicht zuletzt davon abhängen, ob wir als Politiker den Mut haben werden, die Wahrheit zu suchen und

die Wahrheit zu sagen. Auch dann, wenn diese Wahrheit nicht unbedingt populär oder stimmenträchtig ist. Wir als Politiker haben aber auch das Recht, eine gerechte Beurteilung zu fordern. Jedenfalls halte ich die generalisierende und allgemeine Verächtlichmachung der Politik und der Politiker aus zwei Gründen für gefährlich:

Erstens, weil dann gerade die anständigen, ehrlichen und gewissenhaften Bürger sich abwenden und sich nicht zur Verfügung stellen oder sich zurückziehen. Und, wo die Guten sich ausschließen, ist umso mehr Platz für die weniger Guten, die dann sicherlich nicht die bessere Politik machen werden. Zweitens, weil gegenwärtig wahrscheinlich die einzige realistische Alternative gegenüber der parteistaatlichen Demokratie der diktatorische Einparteiensstaat faschistischer oder kommunistischer Prägung ist.

Deshalb müssen wir alles tun, um der Politik wieder zu Ansehen zu verhelfen und den Beweis zu liefern, daß man es auch als Politiker und in der Politik ehrlich meinen und anständig bleiben kann. Deshalb dürfen wir aber auch erwarten, daß jeder von uns nach seinem Tun und Lassen beurteilt und nicht bei jedem Fehlverhalten irgendeines Politikers mitverurteilt wird.

Meine Damen und Herren, es drängt mich nun noch, einer besonderen Verpflichtung nachzukommen und meiner Familie an diesem Tag öffentlich ein herzliches Danke zu sagen. Nicht so sehr dafür, daß Sie die Einwilligung zur Übernahme des Amtes des Landtagspräsidenten gegeben haben. Bei allem Bewußtsein der Verantwortung und Verpflichtung, die mit diesem Amt verbunden ist, wird und kann es für mich wohl nicht härter werden, als die Jahre der politischen Tätigkeit waren, die hinter mir liegen.

Ich war in dieser Zeit Zielscheibe vieler Angriffe und Anfeindungen. Diese waren zwar von einer Härte, die das gewohnte, oft auch das zumutbare Maß überschritten haben. Aber damit muß man in der Politik rechnen und fertig werden. Darüber hinaus war ich aber auch Diffamierungen ausgesetzt, die nur zu ertragen waren, weil meine ganze Familie hinter mir und zu mir gestanden ist. Weil sie alle neben den vielen Verzichten mitgetragen und mitgelitten haben, am meisten natürlich meine Frau, bin ich allen dankbar und war der Ansicht, daß sie, die die schweren Stunden mit mir getragen und mit mir geteilt haben, auch einmal in einer schönen und feierlichen Stunde berechtigt sind, mit dabei zu sein. Und ich möchte allen herzlich danken. (Beifall!)

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch eine Erfahrung und Mahnung anbringen: Zweifellos rechtfertigt auch in der Politik der vermeintliche Erfolg nicht jedes Mittel. Die Verwilderung der politischen Sitten und Kultur läßt sich nicht, wie die Erfahrung immer wieder zeigt, eingrenzen und macht auch vor den Grenzen der Partei oder Fraktion, von der sie ausgehen, nicht halt. Sie schadet vielmehr der Politik und den Parteien im allgemeinen, besonders aber jener Partei und Fraktion, die Urheber solcher Methoden ist.

Meine Damen und Herren, ich komme, wie Sie alle wissen, von einer Arbeitnehmerinteressenvertretung und

bin durch diese Tätigkeit, die ich durch nahezu 18 Jahre ausgeübt habe, geprägt. Ich war immer bemüht, kein engstirniger Interessenspolitiker zu sein, sondern auch über den Gartenzaun der eigenen Interessen hinauszusehen. Ich werde in meiner neuen Funktion versuchen, dazu beizutragen, der eigentlichen Aufgabe der Politik, der Verwirklichung des Gemeinwohles, also der Erreichung möglicher Gerechtigkeit, und damit der Erhaltung des sozialen Friedens zu dienen.

So laßt uns gemeinsam die Arbeit fortsetzen für unser schönes Land und seine tüchtigen Bürger. (Beifall!)

Wir kommen nun zum nächsten Tagesordnungspunkt und zwar zur Neuwahl des Landeshauptmanns. Wie bereits erwähnt, hat Landeshauptmann Dr. Herbert Keßler auf sein Amt verzichtet und wenn einzelne Mitglieder der Landesregierung vorzeitig aus ihrem Amt ausscheiden, so finden nach Artikel 49 Abs. 1 der Landesverfassung unverzüglich Ergänzungswahlen statt. So bitte ich also um einen Vorschlag für den Landeshauptmann. Bitte Klubobmann Dr. Sausgruber.

Dr. Sausgruber: Wir schlagen für die Wahl des Landeshauptmannes den bisherigen Landtagspräsidenten Dr. Purtscher vor.

Präsident: Sie haben den Vorschlag gehört. Wir kommen damit zur Wahl. Ich bitte die Stimmzähler, die bereits bei der ersten Wahl fungiert haben, wiederum als Stimmzähler zu fungieren. Abg. Dr. Bernhard, Dipl.-Ing. Mayer, Hummer und Simma.

Die Stimmzettel liegen auf. Stimmzettel sind gültig, wenn sie entweder auf den Namen »Dr. Martin Purtscher« oder auf »Ja« lauten.

Ich bitte also, die Stimmen abzusammeln.

(Die Stimmen werden eingesammelt)

Ich bitte, die Stimmzähler in Aktion zu treten.

Ich darf das Wahlergebnis bekanntgeben. Es sind 35 Stimmen abgegeben worden, davon waren drei leer, neun Stimmzettel lauteten auf »Nein«, somit entfallen auf Dr. Purtscher 23 Stimmen. Er ist somit rechtskräftig zum Landeshauptmann gewählt. (Beifall!)

Ich darf Dr. Purtscher zur Wahl beglückwünschen und ihn fragen, ob er bereit ist, die Wahl anzunehmen?

Dr. Purtscher: Ich nehme die Wahl an.

Präsident: Wir kommen dann zur Angelobung.

Nach Art. 44 Abs. 1 hat der Herr Landeshauptmann vor Antritt seines Amtes vor dem Landtag in die Hand des Präsidenten des Landtages auf die Landesverfassung das Gelöbnis abzulegen, das ich jetzt vorlesen werde:

Ich gelobe, daß ich die Verfassung und alle Gesetze des Landes getreu beobachten und meine Pflicht nach bestem Wissen und Gewissen erfüllen werde, so wahr mir Gott helfe.

Dr. Purtscher: Ich gelobe, so wahr mir Gott helfe.

Präsident: Der Landeshauptmann hat nun sein Wort zu seiner Antrittsrede.

Dr. Purtscher: Hohes Haus! Meine sehr verehrten Festgäste! Ihr Vertrauen, meine Damen und Herren Abgeordneten, und mein Gelöbnis verpflichten mich: Ab dieser Stunde will ich Landeshauptmann für alle Vorarlberger, unabhängig von ihrer politischen oder weltanschaulichen Orientierung, ihres Standes oder ihrer Herkunft sein.

Ich bin mir durchaus bewußt, daß diese Funktion mit einer schweren Verantwortung, mit einer großen Bürde, verknüpft ist und es fiel mir wirklich schwer, mich von meinem Beruf in der Wirtschaft zu trennen. Das Vertrauen von 97 % der Delegierten des Parteitages der Österreichischen Volkspartei bewog mich, diese neue Herausforderung anzunehmen. In einer Zeit, in der die Bindungskraft an die Parteien schwindet, die Zahl der Wechselwähler steigt und die eigene Gesinnungsgemeinschaft nur noch knapp über 50% Wähleranteil liegt, ist es für mich eine große psychologische Belastung, die Erwartungen, die viele in mich setzen, erfüllen zu können.

In dieser Stunde grüße ich alle Mitbürgerinnen und Mitbürger und verspreche, mein Bestes für die Menschen dieses Landes zu tun und mit allen positiven Kräften eine gute Zukunft gestalten zu wollen.

Ich bitte die Kollegen in der Regierung, den Herrn Landesstatthalter und die Landesräte um die Unterstützung durch eine geistige Herausforderung - nicht im Sinne des JA-Sagens - vielmehr durch eine eigene Meinung, die ich bei Überlegenheit gegenüber der eigenen auch zu meiner machen werde. Ich appelliere an Sie, meine Damen und Herren Abgeordneten, in einen Wettstreit um Ideen und Vorschläge zu treten zum Wohle aller unserer Bürger.

Als Präsident trat ich für eine Stärkung der Kontrollrechte des Landtages ein. Es wird daher für mich eine selbstverständliche Pflicht sein, die in der neuen Landesverfassung und Geschäftsordnung verankerten, in ihrer Gesamtbeurteilung wohl weitestgehenden Kontrollrechte eines österreichischen Landesparlamentes zu beachten. Bemühen wir uns alle um ein Klima der gegenseitigen Achtung, denn der Stil und das Niveau, die im Vorarlberger Landtag die Diskussionen prägen, sind ein Zeugnis der politischen Kultur und der demokratischen Reife. Die kreisförmige Anordnung des Plenums soll ja Symbol gemeinsamer Verantwortung sein und auch menschliches Näherücken bewirken.

Ich ersuche den Herrn Landesamtsdirektor, die Abteilungsvorstände und alle Landesbediensteten, mit großem Einsatz und Verantwortungsbewußtsein wie bisher für die Bürger unseres Landes zu arbeiten. Ich bitte die Vertreter der Städte und Gemeinden, den Gemeindeverband, alle Verantwortlichen und Mitarbeiter der Dienststellen des Bundes um eine konstruktive Zusammenarbeit.

Besonders inständig aber möchte ich meine Frau und die Kinder um ihren Beistand bitten wie bisher.

Ich betrachte Politik als einen positiven, einen geistig-kämpferischen Wettbewerb, in dem der politische Gegner nicht als Feind betrachtet wird, weil ich eben Toleranz,

Konsens- und Kompromißbereitschaft zu den wichtigsten politischen Tugenden neben sozialer Gerechtigkeit, Verlässlichkeit und Sparsamkeit zähle. Aus diesem Politikverständnis heraus will ich einen regelmäßigen Dialog mit den wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen in unserem Land führen: Mit den Sozialpartnern, den Kirchen, mit den Künstlern, den Wissenschaftlern, den Lehrern, den freiberuflich Tätigen und den in Vereinen und Verbänden im Dienst der Nächsten engagierten Gruppen.

Teilung der Macht war stets auch Begrenzung der Macht. Politische Macht bedeutet vor allem im Rechtsstaat die Bindung der Macht durch das Recht, die Kontrolle ihrer Ausübung und die Berufung auf die sittliche Rechtfertigung: »Macht vor das Forum des Geistes gestellt«.

Für mein politisches Credo, das ich kurz darlegen möchte, will ich mich einleitend zunächst zum klassischen Begriff des Wissens bekennen, wie ihn Sokrates formulierte: »Ich weiß, daß ich fast nichts weiß - und ich weiß kaum das!« Ich weiß, daß Politik ein stetes Suchen, ein Hoffen, ein Werten, ein Finden, ein Verbessern, ein Lernen, eine ewige Unruhe und ebenso eine ewige Unvollkommenheit ist. Die Politiker generell und ich speziell sind keine Übermenschen. In meinem Streben nach der Gestaltung des politischen Lebens werden mir Irrtümer und Fehler nicht erspart bleiben. Doch erscheint mir eine Gestaltung der sozialen Umwelt mit dem Ziel des Friedens, der Gewaltlosigkeit, des allgemeinen Wohlstandes, der Minderung der Armut und der Bewältigung der Umweltprobleme nicht als ein Traum. Sie ist vom biologischen Standpunkt aus eine notwendige Zielsetzung der Menschheit, die ich durchaus für erreichbar halte.

Zu den unbestritten wichtigsten Zielen politischen Handelns zählt die Wahrung der Freiheit und der Ordnung. Ich sehe diese Begriffe im Ring der drei liberalen Freiheiten:

- die Freiheit des Staates als Anspruch auf die Selbstbestimmung, die Behauptung der nationalen Unabhängigkeit

- die Freiheit im Staat als Freiheit des Individuums, basierend auf dem Wertstandpunkt einer offenen Gesellschaft, in der sich der einzelne frei entfalten kann, aber auch in der Verantwortung für den Nächsten steht und schließlich

- der Freiheit vom Staat in der Behauptung einer staatsfreien Sphäre des Einzelnen im Sinne des Subsidiaritätsprinzips.

Ich bekenne mich zu zeitlosen sittlichen Werten, verstehe aber Politik niemals als Heilslehre, denn »wer den Himmel auf Erden einrichtet, produziert nur die Hölle«. Politik ist eingebettet zwischen der Macht im Sinne der Verantwortung für das Allgemeinwohl und der Ohnmacht im Sinne einer kollektiven Heilserwartung, zwischen Mut, den politischen < Gestaltungsauftrag anzunehmen und zu erfüllen versuchen und der Demut, trotz aller Bemühungen nur einen bescheidenden Beitrag zur Verbesserung der Gesellschaft erbringen zu können. »Der Mensch« wie Golo Mann es nennt, »ist weder von der Wissenschaft ganz erfassbar, noch von der

Politik vollendbar«. Wer sich einen »neuen Menschen« durch soziale Veränderungen erwartet, der muß zur Kenntnis nehmen, daß der Mensch nicht unbegrenzt veränderbar ist. Weder die Fähigkeit des Menschen zur Veränderung, noch seine Fähigkeit zur Bewahrung sind unbegrenzt.

In unserer säkularisierten Welt ist die Suche nach dem Lebenssinn schwieriger geworden. Wie in allen Zeiten großen Umbruchs spüren wir die Spannung zwischen der Kontinuität und dem Fortschritt, zwischen dem Bewahren und dem Verändern. Es gilt, für die geistigen Strömungen unserer Zeit sensibel zu sein. In der Demokratie kann und darf Politik die Aufgabe der Sinnfindung dem Bürger nicht abnehmen. Das christliche Menschenbild, die Achtung vor jedem Menschen in seiner Würde, in seiner Personalität, verpflichtet den Grundwerten der Freiheit, der Solidarität und der Gerechtigkeit.

Treue zu Grundwerten darf nicht zur Erstarrung in Dogmatismus führen. Man muß fähig sein zum Wandel und das heißt nicht, vor jeder Zeitgeist-Strömung zu kapitulieren. Auch der liberale Rechtsstaat braucht ein Leitbild, an dem die Realität kontinuierlich gemessen und auf das hin sie ständig wieder auch ausgerichtet werden kann.

Aus meiner Arbeit in der Wirtschaft bin ich gewohnt, mit längerfristig konzipierten Leitbildern, mit Visionen sich selbst und den Mitarbeitern Ziele zu setzen, denn wer das Ziel nicht weiß, wird den Weg nicht haben. In der Politik ist dies wesentlich schwieriger, zumal deren Ziele, zum Beispiel der Schutz der Natur, die soziale Gerechtigkeit, das Wohlbefinden usw. nicht quantifizierbar sind und auf das Gesamtwohl aus der Sicht des Gestaltenden abzustimmen ist. Ich will dennoch versuchen, die längerfristige Zielsetzung des Auftrages zur Gestaltung von Gesellschaft und Staat in der Einleitung zu den einzelnen Schwerpunkten darzustellen. Ich möchte betonen, daß die aus Zeitgründen zwangsläufig vorzunehmende verbale Verkürzung es einfach nicht zuläßt zu erläutern, inwieweit dieses Ziel ja schon Realität ist, ob wir uns auf dem Weg dahin befinden, ob wir es anzustreben gewillt sind oder ob es ein stetes Leitbild unseres Handelns sein muß. Grundlage der Regierungsarbeit ist das anläßlich der letzten Landtagswahl präsentierte Regierungsprogramm 1984.

Ein Arbeitsprogramm, das über diese Regierungssperiode in die 90er Jahre hineinreicht, werden die Regierungskollegen und ich ausarbeiten und natürlich allen im Landtag vertretenen Parteien sowie der Öffentlichkeit vorstellen. Ich darf bei meinen künftigen Erläuterungen einige Maßnahmen, die ich für besonders wichtig halte, erwähnen:

- Vorarlberg - Land menschlicher Geborgenheit - Vorarlberger Kinder - ein Familienland.

Unsere Gesellschaft wird menschliche Wärme und Geborgenheit nur in jenem Maße ausstrahlen, in dem jeder einzelne seiner Verantwortung gerecht wird in der Familie, gegenüber Schwächeren und Benachteiligten sowie gegenüber der Natur. In unsere Periode der Selbstbezogenheit, der Bindungslosigkeit, sind die gewachsenen Gemeinschaften, die das Fundament des Staates bil-

den, Ehe und Familie, stark gefährdet. Ich weiß, daß Politik menschliches Glück niemals rein bewirken kann, doch politische Entscheidungen können Lasten aufbürden oder abnehmen. Wir wollen menschliche Bindungen stärken durch eine Politik für die Familie und eine Partnerschaft zwischen Mann und Frau und für das Miteinander der Generationen.

Die Familie ist die bedeutsamste Zelle individueller Geborgenheit und der Sinnvermittlung, sie ist unersetzbar und unverzichtbar in einer humanen Gesellschaft. Das Ja zum Kind ist ein höchstpersönlicher Entschluß, doch wir alle haben die Pflicht zur Solidarität gegenüber Kindern, Müttern und Familien. Vorarlberg verzeichnet seit dem Ende der 60er Jahre einen Geburtenrückgang bei den österreichischen Staatsbürgern von 5.200 auf 3.800 Kinder. Die Ursachen liegen vor allem bei einer Änderung des geistigen Umfeldes, der Wertordnung, zum Teil aber auch sicher in der Benachteiligung der Familie im Steuerrecht.

Im Jahr der Familie wollen wir als Ausdruck des Willens, ein kinderfreundliches Land zu sein, einen Familienzuschuß ab 1988 für alle österreichischen Mütter, die in unserem Land leben, mit zwei oder mehr Kindern einführen, sofern sie nicht berufstätig sind und kein sonstiges Karenzgeld beziehen. Es soll je nach der Einkommenssituation gestaffelt bis zu maximal S 3.500,- monatlich betragen und hat zum Ziel, daß sich mehr Mütter ihren Kindern widmen können in der für die Mutter-Kind-Beziehung so wichtigen Lebensphase. Der Schutz des Ungeborenen, des werdenden Lebens, ist eine ethische Pflicht, denn Kinder bereichern unser Leben und spenden dem Land menschliche Wärme. Ich habe es immer als Glück empfunden einer großen Familie aufgewachsen zu sein.

Wer von Kindern spricht, muß besonders an die Mütter und Frauen denken. Wir Männer müssen in unserer Lebenswelt viel mehr auf die Anliegen der Frauen einstellen. Wir haben uns verstärkt in das Dilemma der Frau zwischen Familie und Beruf hineinzufühlen. Wir brauchen berufstätige Frauen, aber auch jene, die sich ganz der Kindererziehung widmen und im Haushalt arbeiten. Wer die Hausfrauentätigkeit herabsetzt, ist herzlos und überheblich. Respekt gebührt den eindrucksvollen Leistungen der berufstätigen Frauen in allen Wirtschaftsbereichen, insbesondere aber auch jenen, die sich um das politische und gesellschaftliche Leben kümmern. Das große geistige Potential unserer Frauen sowohl in Wirtschaft, Gesellschaft als auch in der Politik verstärkt einzusetzen, muß allen von uns ein großes Anliegen sein.

Schwerwiegende Belastungen ergeben sich aus der Umkehrung der Alterspyramide und der bevorstehenden Überalterung unserer Gesellschaft. Durch den Geburtenrückgang in Österreich wird der Anteil der über 45-jährigen bis zum Jahr 2015 von 26 auf 36% steigen, wodurch die materielle Absicherung der älteren Generation immer wichtiger wird. Der Generationenvertrag, die Bereitschaft der heutigen aktiven Generation zu entsprechenden Leistungen für die ältere, ist und bleibt das Fundament der sicheren Rente, der verdiente Lohn für eine Lebenslei-

stung. Unsere Gesellschaft würde verarmen, wenn sie die ältere Generation nur als statistisches Problem der Rentenformel sieht. Alle großen Kulturen der Weltgeschichte hatten Sinn für die Würde der Älteren, für ihre Weisheit, für ihre Lebenserfahrung.

Eine selbstbewußte junge Generation erwartet von der Politik nicht nur Bildung und Hoffnung, sondern auch sinnvolle Arbeit und Existenz. Die Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit ist eine der wichtigsten Aufgaben. Meine Arbeit wird getragen sein von der Verantwortung für die Generationen, die nach uns kommen. Wir brauchen den Idealismus, den Mut und die Tatkraft der Jugend, aber auch ihr Vertrauen in die anspruchsvolle Ordnung unserer Demokratie. Der Jugend, die ich noch an einer anderen Stelle anspreche, gilt es aber auch, das Wort von Mark Aurel in Erinnerung zu rufen. Er sagte: »Ihr seid so jung wie Euer Glaube, so alt wie Euere Zweifel, so jung wie Euer Selbstvertrauen, so jung wie Euere Hoffnung und so alt wie Euere Niedergeschlagenheit.«

Um ein Land menschlicher Geborgenheit für alle zu sein, sind wir aber, so meine ich, zu einer spezifischen soziologischen Bewährung aufgerufen: Die Öffnung gegenüber den vielen Nicht-Vorarlbergern, die bei uns Heimat suchen. Ich meine damit nicht die Öffnung der Landesgrenzen für die Zuführung weiterer junger Türken, die kann keine Arbeit finden, sondern die Öffnung der Herzen für eine Integration. Vorarlberg hatte vor 150 Jahren 98.000 Einwohner. Heute sind es 321.000. Zehntausenden Mitbürgern, die um die Jahrhundertwende aus dem Trentino, während des Krieges aus Südtirol, nach dem Weltkrieg aus anderen österreichischen Bundesländern zu uns kamen, wurde die Identifizierung mit ihrer neuen Heimat oft nicht leicht gemacht, und dennoch fühlen sich die meisten heute primär als Vorarlberger und haben zum Wohlstand in unserem Lande entscheidenden Beitrag geleistet und verdienen daher Respekt und Anerkennung. Es wäre unsozial, die neuen Einwanderer zwar als einen nützlichen Wirtschaftsfaktor, jedoch schädlichen Gesellschaftsfaktor zu betrachten. Zeigen wir die Bereitschaft, Geist und Herz zu öffnen gegenüber allen, die integrationswillig sind.

Vorarlberg - ein Kulturland

Ich bin mir durchaus bewußt, daß die Kunst in ihrer historischen Dimension der sensibelste Seismograph kommender Menschheitskrisen ist und sie daher einer besonderer Beachtung bedarf.

Aufgeschlossenheit gegenüber Zeit und Welt, zugleich aber auch Verbundenheit mit Heimat und Tradition sind die tragenden Faktoren der Kulturpolitik. Ein Klima der Offenheit und Liberalität, eine Atmosphäre der Zeit- und Weltoffenheit und die fruchtbare Pluralität der Meinungen, ohne dabei in das Extrem wertindifferenter Standpunktlosigkeit zu verfallen, die jeder Modeströmung nachgeht.

Liberal, darunter verstehe ich nicht nur die freie, persönliche, politische, wirtschaftliche Entfaltungsmöglichkeit jedes einzelnen, sondern auch eine geistig-kulturelle Freiheit im Sinne der Toleranzidee, auf die sich ein Staats- und Gemeinwesen in einer pluralistischen Gesellschaft

stützt.

Die Kulturpolitik kann sich nicht im Schutz und der Bewahrung des kulturellen Erbes erschöpfen. Es gilt, das Engagement der Bürger und der Wirtschaft für Kunst und Kultur zu ermutigen, um unseren Landsleuten bewußt zu machen, daß wir Industriegesellschaft und Kulturgesellschaft zugleich sind. Wesentliches Ziel landespolitischen Kulturbemühens sehe ich darin, immer mehr Menschen, immer mehr Zeit und immer mehr Zugang zu kulturellen Gütern zu verschaffen.

Vorarlberg hat eine Vielzahl kulturell schaffender, kreativer Menschen. Ich appelliere an sie, als Sucher, als Vordenker und kritische Mahner die Zukunft des Landes mitzugestalten. Den Intellektuellen kommt aufgrund ihres Talentes auch eine besonders hohe Verantwortung zu.

In der Kulturförderung gilt es, neben dem Bekenntnis zur weiteren Unterstützung der international ausstrahlenden Kulturträger, wie die Bregenzer Festspiele und die Schubertiade, auch die kleinen und dennoch für unsere Kulturszene so wichtigen Kulturveranstalter künftig stärker in ihrer finanziellen Situation zu entlasten. Wir treten für steuerliche Erleichterungen für private Sponsoren im Interesse der Förderung kultureller Veranstaltungen ein.

Land sozialer Gesinnung

Unser Land hat aus dem Streben, für alle ein menschenwürdiges Dasein zu gewährleisten, einen hohen Standard an Sozialleistungen geschaffen. Die öffentliche Hilfe soll vor allem zur Selbsthilfe befähigen und nicht dauernde Abhängigkeiten schaffen. Die Hinwendung zum Mitmenschen, der unsere Hilfe braucht, ein Klima des sozialen Verständnisses soll auch künftig unsere Sozialpolitik prägen. Es gilt, die Persönlichkeitsentwicklung zu unterstützen, der Versorgungsmentalität entgegenzuwirken und die Sozialmoral zu stärken. Die Bemühungen zur Verbesserung der Sozialstruktur im Nahraum sollen durch eine weitere Aktivierung der Nachbarschaftshilfe verstärkt werden. Viele unserer Mitbürger sind wirksam tätig im Sozialbereich und bringen damit Licht und Wärme in das Leben materiell oder seelisch in Bedrängnis geratender Mitmenschen. Es ist unser Ziel, die menschliche Anteilnahme am Schicksal anderer bald über das ganze Land durch ein Netz organisierter freiwilliger Hilfe zu verdichten. Das Prinzip der Gerechtigkeit verpflichtet aber auch, dafür zu sorgen, daß soziale Hilfe nicht unberechtigt in Anspruch genommen wird. Ich glaube, eine menschenwürdige Existensicherung ist ein moralisches Recht.

Wohnliches Vorarlberg

In den letzten drei Jahrzehnten hat sich die Zahl der Wohnungen von 53.000 auf 101.000 beinahe verdoppelt. Der Wohlstand, die sinkenden Haushaltsgrößen, der Drang nach mehr Individualität bedingen bis zum Jahr 2000 weitere 33.000 Wohnungen. Dies erfordert denNeubau von 1.800 Wohnungen sowie die Sanierung von über 500 Wohnungen in Altbauten jährlich, um dem guten Ruf unserer Wohnpolitik auch künftig gerecht zu werden. Unter »wohnliches Vorarlberg« verstehen wir einen wesentlichen Aspekt sozialer Gesinnung für ein familien- und kinderfreundliches Zusammenleben. Als wesent-

liche Voraussetzung für einen Geborgenheit bietenden Lebensraum bei der Schaffung neuen Wohnraumes soll möglichst vielen durch die Wohnbauförderung Wohnungseigentum ermöglicht werden sowie den finanziell Schwächeren durch Wohnbeihilfen und besonders gefördertes Mietwohnungseigentum geholfen werden.

Land, das (möglichst) allen Arbeit bietet.

Unsere Gesellschaft darf sich niemals mit unversicherter Arbeitslosigkeit abfinden. Das wichtigste und humanste Ziel unserer Wirtschaftspolitik ist daher, möglichst allen Arbeitsplätze zu bieten. Das Leitbild »Land, das allen Arbeit bietet« kann nicht als eine Arbeitsplatzgarantie verstanden werden, sehr wohl aber als eine Herausforderung für alle, die einen Beitrag dazu leisten können.

Nur rund 3.000 Arbeitstage trennen uns noch vom dritten Jahrtausend. In dieser Zeit wird in manchen Bereichen der Wirtschaft der Strukturwandel sich im Hinblick auf die zunehmende Globalisierung der Märkte rapid beschleunigen. Die Diskriminierung für unsere Textil- und Bekleidungsindustrie in der EG dürfte ungeachtet der Bemühungen um eine Annäherung an die große europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu weiteren Verlusten von Arbeitsplätzen führen. Wie die Entwicklung in der österreichischen Verstaatlichten Industrie zeigt, können aber dauerhafte Arbeitsplätze am Markt vorbei weder geschaffen noch gesichert werden. Staatliche Planung kann den Markt nicht ersetzen. Der Staat ist aber aufgerufen,, bei schwierigen strukturpolitischen Anpassungsprozessen dann Hilfe zu leisten, wenn durch Sanierungsmaßnahmen und Eigenleistungen des Eigentümers langfristig eine Wettbewerbsfähigkeit im Markt wieder geschaffen werden kann.

Neben dem Strukturwandel wird der Assoziierungsprozeß mit der EG für unser Land Arbeitsprobleme schaffen. Dennoch wird der Schritt in die Europäische Gemeinschaft, die bis 1992 einen Binnenmarkt von 320 Millionen Menschen in zwölf Ländern darstellt, langfristig gesehen wirtschaftsfreundlicher und damit sozialer sein als eine Isolation. Ich bin mir bewußt, daß der Weg zur EG für Österreich ein außerordentlich schwieriger ist, oder eine Reihe von Wirtschaftsbereichen wie die Landwirtschaft aus meiner Sicht auszunehmen sind oder Sonderregelungen erhalten müssen. Der föderalistische Aufbau unseres Landes darf durch wirtschaftliche Konzentrationsprozesse nicht unterlaufen werden.

Die Vorarlberger Bevölkerung wird nach der Bevölkerungsprognose bis zum Jahr 2015, somit in nur 28 Jahren, eine weitere Zunahme von 57.000 Einwohner, also ein Sechstel mehr als heute, haben.

Alle drei Faktoren, der Strukturwandel, die internationale Herausforderung durch die EG und die Bevölkerungszunahme bedingen, daß je nach der Stärke der einzelnen Jahrgänge zwischen 650 und 1.000 Arbeitsplätze jährlich mehr zur Verfügung stehen müssen. Zur Realisierung des wirtschaftspolitischen Leitbildes sind alle jene aufgerufen, die im Land Arbeit bieten, die gesamte Wirtschaft: Industrie, Gewerbe, Handel, Fremdenverkehr und auch alle übrigen Bereiche des Dienstleistungssektors. Und was kann die Landespolitik dazu beitragen?

Land der Bildungsoffensive:

Die Arbeitslosigkeit beweist es deutlich, daß vor allem Hilfskräfte arbeitslos sind, während Facharbeiter, insbesondere im Metall- und Elektrobereich, dringend gesucht werden. War das Leben bisher geformt von den drei Phasen Lernen, Arbeiten, Ruhestand, so ist heute die Lernphase unbegrenzt. Die ständige Weiterbildung ist die Forderung und die Chance unserer Zeit. Unser ausgezeichnetes Berufsschulwesen im Lande, an dem heute bereits über 8.000 junge Vorarlberger ihre berufliche Ausbildung erhalten, soll in Zusammenarbeit mit allen Bildungseinrichtungen im Angebot bereichert werden, um rascher auf die Bildungsnachfrage der Praxis zu reagieren und eine Hebung des Angebotes möglichst bis zu Fachhochschulen, durch die Erweiterung der College-Ausbildung und durch Universitätslehrgänge zu ermöglichen.

Land sozialer Innovation:

Unter sozialer Innovation verstehe ich zunächst die praktische Solidarität mit den Schwächeren in unserer Gesellschaft, auch in der Wirtschaft. Ich war bisher gewohnt, betriebliche Partnerschaft zu pflegen. Und aus dieser Erfahrung lege ich großen Wert auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern. Ich werde in Kürze, ich hoffe schon nächste Woche, als erste Sitzung mit externen Kollegen, die Vorsitzenden und Präsidenten der Interessenvertretungen der Arbeitnehmer und der Wirtschaft zu einem Gedankenaustausch über aktuelle Fragen wie die Aktion 8000, Ladenschluß usw. sowie die künftige Gestaltung regelmäßiger Kontakte einladen.

Unter sozialer Innovation verstehe ich neben der Qualifizierungsoffensive für möglichst viele Jugendliche auch, eine unternehmerische Aufbruchsstimmung zu schaffen. Der Anteil der Selbständigen an der Gesamtbeschäftigung ist in Österreich binnen einem Jahrzehnt von 1973 bis 1984 wie in keinem anderen OECD-Land rückläufig. Die Gruppe der Selbständigen ist um fast ein Drittel auf 7,9% an den Gesamtbeschäftigten gesunken, während er in den meisten EG-Ländern zum Teil sogar stark anstieg. Nur Schweden, Norwegen und Holland haben noch niedrigere Selbständigenquoten. Vorarlberg hatte bei der Volkszählung 1981 noch 9,3% Selbständige, ohne Land- und Forstwirtschaft waren es sogar nur 7,4 %.

Unser Land braucht neben einer technologischen Innovation auch eine soziale Innovation. Es gilt, junge Menschen zu bewegen, Verantwortung für ihr eigenes Schicksal zu übernehmen, Phantasie und Schöpferkraft in die Gründung von kleinen oder mittleren Betrieben einzubringen und durch die Schaffung von Arbeitsplätzen eine ganz spezifische Solidarität zu erweisen. Jeder Selbständige in allen Wirtschaftsbereichen Vorarlbergs, ausgenommen die Industrie, beschäftigt durchschnittlich 5,4 Mitarbeiter. Jede Unternehmensgründung stellt somit auch eben eine soziale Innovation dar.

Die Forcierung von Unternehmensgründungen soll durch die Starthilfe für Jungunternehmer, durch die Schaffung eines kleinen Gründungszentrums für eine gemeinsame Verwaltung, durch Bildung einer Anlaufstelle für Betriebsansiedlungen und vor allem durch eine Motivationsoffensive erfolgen. Die Respektierung unter-

nehmerischer Leistungen durch die für das Bildungswesen Verantwortlichen ist eine der Voraussetzungen hierfür. Jeder Mitarbeiter in der Wirtschaft weiß um die Bedeutung des Unternehmers und guter Führungskräfte.

Land der Technologieoffensive

Österreich erlebt seit 1973 einen Entindustrialisierungsprozeß, wie das Sinken der Industriebeschäftigten um 17 % trotz wachsender Produktion zeigt. In Vorarlberg ist zwischen 1961 und 1982 der sekundäre Bereich der Güterproduktion - industriell und gewerblich - von 57 auf 47 % Anteil an der Brutto-Wertschöpfung gesunken, während der tertiäre Bereich der Dienstleistungen um 15% zunahm. Es war daher bis vor kurzem noch mit Recht die Rede von der Dienstleistungs- oder postindustriellen Gesellschaft. Aus der Erkenntnis, daß die Erzeugung, Verarbeitung und Verteilung von Informationen für hochindustrialisierte Länder die Zukunft darstellt, spricht man nun aber von einer Informationsgesellschaft. So wie der Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft nur langsam und mit großen sozialen Spannungen erfolgte, so bricht die Informationsgesellschaft nicht von einem Tag auf den anderen über uns herein. Österreich ist noch zu sehr mit der Sanierung der Grundstoffindustrie engagiert, um für sich das Informationszeitalter einzuleiten. Je später wir in diesen Trend eintreten, umso schwieriger wird der Anschluß und desto schmerzlicher der Umstrukturierungsprozeß.

Die dem Land nur in bescheidenem Rahmen mögliche Wirtschaftspolitik darf aus meiner Sicht daher nicht primär strukturkonservierenden Charakter haben, sondern muß sich aktiv und frühzeitig um eine Entwicklung bemühen, die dem Schritt in das Informationszeitalter entspricht. Vorarlberg braucht eine Technologieoffensive und unser Land hat hierfür einige gute Voraussetzungen. Wir sind Nachbarn einer starken Technologieregion rings um den Bodensee. Wurden früher Standorte bevorzugt, die wenig Konkurrenten am örtlichen Arbeitsmarkt aufweisen, so spielt heute das Umfeld von qualifizierten Arbeitskräften von Zulieferern, Hilfsbetrieben und Kooperationspartnern eine wachsende Rolle.

Vorarlbergs Wirtschaft ist derzeit nicht in der Lage, ein Drittel der Industriebeschäftigten mit überdurchschnittlicher Qualifikation, nämlich der Grenzgänger, im Land adäquat zu beschäftigen. Die vor kurzem erfolgte Gründung des Technologie-Transferzentrums, auch ein großes Verdienst meines Vorgängers, und dessen Zusammenarbeit mit hochrangigen Fachleuten und Wissenschaftlern ist ein wichtiger Baustein für eine künftige Technologiepolitik, deren Aufgabe es ist, jene atmosphärisch-politische Komponente zu schaffen, die unerlässlich ist für eine Standortentscheidung im High-Tech-Bereich.

Eine Reihe von Maßnahmen ist erforderlich im Bereich der Aus- und Weiterbildung, der Forschung und Entwicklung, der Orientierung von Landesbildungsinstitutionen wie HTL, WIFI, Schloß Höfen, der Erreichung der Technologieziele sowie der Vereinbarung mit Bildungs- und Forschungseinrichtungen im benachbarten Ausland. Ich werde vor allem eine konstruktive Zusammenarbeit mit der stärksten Technologieregion Europas, Baden-

Württemberg, anstreben. Eine gezielte Technologiepolitik zum Einzug in das Informationszeitalter ist zukunfts-gerechter als die klassische Industrieansiedlungspolitik mit einem finanziell für unser Land gar nicht vertretbaren Wettbewerb über die Pro-Kopf-Subvention je Arbeits-platz. Zähes Bemühen und Geduld aber ist erforderlich bis zur Realisierung eines echten Technologieschubes, denn Vorarlberg fehlen andererseits wieder maßgebliche Impulsgeber neuer Technologien, wie Hochschulen und Forschungsinstitute.

Vorarlberg, ein Land des Mittelstandes

Das ganzheitliche Denken in wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftspolitischen Zusammenhängen gehört zu den Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft. Die Hebung des Einkommensniveaus der unselbständig Erwerbstätigen, die höhere Zahl an qualifizierten Arbeits-plätzen, die Steigerung der Zahl der Selbständigen soll Vorarlberg zum Land des Mittelstandes machen, denn Mittelstand hat nicht nur, Mittelstand macht auch die Zukunft.

Land bäuerlicher Familienbetriebe

Immer weniger Bauern haben immer weniger Einkommen. In Vorarlberg sank der Anteil der Landwirtschaft an der Brutto-Wertschöpfung von 6,1% im Jahre 1961 auf nur 1,5 % im Jahre 1982 und ist seit 1980 sogar nominell rückläufig. Obwohl unser Land durch die Einführung der Flächenprämien Maßnahmen gegen die Entsiedelung der Berggebiete traf, arbeiten heute nur noch 3,6% unserer Bevölkerung in der Landwirtschaft. In keinem Wirtschafts-bereich war die Rationalisierung so stark wie in der Landwirtschaft. Die Bauern sind zu einer Minderheit geworden. Das Wohlbefinden von Minderheiten aber ist der Gradmesser für die Reife einer Demokratie. Neue Gefahr droht. Die EG ist auf eine Strukturbereinigung in der Landwirtschaft auf Großbetriebe orientiert, die Agrar-produkte zu Weltmarktpreisen offerieren können. Die drastische Verringerung der Bauern auf eine langfristige Richtzahl von 2% ist die Folge, ein für unsere Bauern unvertretbares System. Unsere Agrarpolitik muß auf das Kleinsystem, den bäuerlichen Familienbetrieb, den ausgebildeten Bauern mit seinem intensiven persönlichen Nahverhältnis zu Boden, Pflanze und Tier ausgerichtet sein. Die Übertragung der sogenannten marktkonformen Agrarpolitik würde eine Vergewaltigung und Zerstörung unseres ländlichen Lebensraumes bedeuten. Unser land-wirtschaftliches Leitbild muß daher den bäuerlichen Familienbetrieb sichern, denn dieser allein bietet Gewähr für eine auch künftige Pflege unserer Kulturlandschaft sowie dafür, daß der ländliche Raum überhaupt lebendig erhalten wird. Damit unsere bäuerlichen Kleinbetriebe, insbesondere die Bergbauern auch künftig ein menschen-würdiges, mit anderen Berufsgruppen auch vergleichbares Einkommen erhalten, wird es zusätzlicher finanzieller Hilfen über die leistungsbezogenen Flächenprämien hin-aus oder zumindest deren Ergänzung erfordern.

Land der Obsorge für seine Umwelt

»Eine wohlgeordnete Humanität beginnt nicht mit sich selbst, sondern setzt die Welt vor das Leben, das Leben vor den Menschen und die Achtung der anderen Wesen

vor die Selbstliebe.« Dies ist die Botschaft des Mythos der Natur, wie es Claude Levy-Strauss treffend genannt hat.

Die Umweltbelastung ist eine der großen Herausforde-rungen unserer Zeit. Unsere Gesellschaft hat zwar großär-tige wissenschaftliche, technische und wirtschaftliche Fortschritte erzielt, aber das Zerstörungspotential auf die einmalige, nicht erweiterbare Umwelt erst spät erkannt.

Die politische Aufgabe der Umweltsanierung läßt sich mit jener des Aufbaues des Sozialstaates in den letzten Jahrzehnten vergleichen. Die soziale Sicherung konnte durch schrittweises Vorgehen im Rahmen des wirtschaft-lich Verkräftbaren erreicht werden durch die Steigerung des Anteiles der Sozialausgaben an der gesamtwirtschaft-lichen Wertschöpfung von 16% auf 27 % binnen der letz-ten drei Jahrzehnte. Heute betragen die Umweltausgaben im Durchschnitt ein bis zwei Prozent des Brutto-Inlands-produktes. Nach Auffassung von Experten dürfte eine Erhöhung auf drei bis fünf Prozent nicht nur die weitere Verschlechterung der Umweltqualität stoppen, sondern eine wesentliche Verbesserung bewirken können.

Aus der bisherigen Erfahrung der enormen Bemühun-gen unseres Landes um die Verbesserung von Luft, Lärm und Wasser wird erkennbar, daß nicht die Finanzierung das Problem darstellt, vielmehr zum Teil mangelnde wis-senschaftliche Erkenntnisse über die wirkungsvollsten Maßnahmen zur Sanierung des geschädigten Waldes zum Beispiel. Die generelle Einsicht in das Eingebundensein des Menschen in seine natürliche Umwelt steigt zwar in dem Maße, in dem das regelkreisartige Zusammenwirken ökologischer Systeme erkannt wurde, doch von der Erkenntnis zum persönlichen Verzicht, z.B. durch den Umstieg vom Individual- auf den öffentlichen Verkehr, ergeben sich meist unüberwindbare psychologische Bar-rieren.

Die natürlichen Lebensgrundlagen unseres Landes gehören nicht nur einer Generation allein, sondern vielen gemeinsam. Bei allen Planungen und Maßnahmen, die die Natur und Umwelt betreffen, ist daher auf längerfri-stige Wirkungen und auf die Lebensinteressen kommen-der Generationen Rücksicht zu nehmen. So erwächst bei einer Vielzahl politischen Entscheidungen eine gesteig-erte Verantwortlichkeit durch die notwendige Güterab-wägung. Die Selbstaufhebung einer menschenwürdigen Kultur ist weder Schöpfungs- noch Kulturziel, doch das Verlangen nach einer ganzheitlichen Ethik wird der Ver-meidung von Unheil den Vorrang einräumen müssen gegenüber reinem Fortschrittsdenken und reiner Wohl-standsvermehrung.

Das Land hat in seiner reformierten Verfassung von 1984 den Schutz der Natur, der Luft, des Bodens und des Wassers in den Verfassungsrang erhoben aus dem Bekenntnis, daß der Schatz der Natur uns nur auf eine Zeit anvertraut ist. Seit 1971 hat das Land durch Gesetze und Verordnungen einen ökologischen Ordnungsrahmen für die soziale Marktwirtschaft geschaffen und insgesamt Milliardenbeträge für die Reinhaltung der Gewässer, vor allem aber auch zur Vermeidung der Luftbelastung, auf-gewendet.

Unser aller große Sorge ist der Zustand des Waldes. Die

akapolyptischen Vorstellungen des Lebensraumes Wald dürfen einfach nicht Realität werden. Wir alle wissen, daß der Wald eine unschätzbare Bedeutung für den Wasserhaushalt, das Klima, die Gesundheit, die Erholung und vor allem das Leben in den Bergregionen hat. Und wir müssen daher alle Kräfte mobilisieren, das Programm zur Rettung unserer 72.275 ha Wald weiter zu entwickeln. In Kürze wird auch der Raum Bludenz mit Erdgas versorgt, das Land wird beim Bund auf eine Realisierung der Maßnahmen zur Verminderung der Luftschadstoffe drängen und vor allem jene Maßnahmen unterstützen, die dem Überleben des Waldes dienen, z.B. durch die Jagdgesetznovelle, durch Maßnahmen, die eine bessere Pflege der Wälder sicherstellen und durch eine Sanierung der säuregeschädigten Waldböden.

Verkehr ist nicht Selbstzweck, sondern grundlegende Voraussetzung für die Entwicklung einer Region. Die rasche Zunahme der Motorisierung führte dazu, daß unser Verkehrssystem die Grenzen der Belastbarkeit erreicht hat. Lärm und Abgase zu reduzieren ist ein Gebot der Stunde. Zielsetzung des in Ausarbeitung befindlichen Verkehrskonzeptes ist es daher, im Rahmen einer umfassenden Verkehrsplanung ein zukunftsorientiertes Verkehrssystem so zu gestalten, daß sowohl ökonomische als auch ökologische Erfordernisse berücksichtigt werden.

Für die Lösung des Müllproblems sind die Prinzipien Vermeiden, Verwerten, Beseitigen anzuwenden. Es bedarf auch eines Schutzes des Kulturlandes vor zu intensiver Bewirtschaftung. Ich möchte aber auch an die Bürger unseres Landes appellieren: Natur- und Umweltschutz fängt zu Hause an und verantwortete Freiheit beginnt bei den persönlichen Gewohnheiten.

Um Vorarlberg als ein attraktives Erholungs- und Freizeitland zu erhalten und damit auch dem Fremdenverkehr ein Überleben zu geben, müssen die Grenzen der Erschließung erkannt und der Maxime Qualität vor Quantität Vorrang eingeräumt werden.

Land sauberer und kostengünstiger Energie - Stromland

Im Interesse unseres geschädigten Waldes ist die Reduzierung des in unserem Lande überdurchschnittlich hohen Anteiles des Erdöls mit rund 60% des Energieverbrauchs unerlässlich. Der in Vorarlberg besonders preiswert offerierte Strom hingegen hat lediglich eine Quote von 25%.

Generelles Ziel der Energiepolitik muß es sein, ausreichende, preiswerte und umweltfreundliche Energie zu gewährleisten. Alle Möglichkeiten des Energiesparens sind zu nutzen. Ein landschaftsschonender, weiterer Ausbau der Wasserkräfte zur Nutzung der heimischen, regenerierbaren Energiequellen soll den Import von Energieträgern reduzieren.

Land solider, sparsamer Finanzgebarung

In einer Phase, in der die Finanzschuld des Bundes sich binnen fünf Jahren um 100% erhöht hat, gelang es, im Land eine Netto-Neuverschuldung zu vermeiden. Nur die Beibehaltung dieser soliden Finanzgebarung vermeidet eine Steigerung des Zinsaufwandes und damit die Beibehaltung des investitionswirksamen Anteiles von fast 35%

des Gesamtbudgets.

Ein energie- sowie finanzpolitisches Ziel hoher Rangordnung ist der Erwerb möglichst hoher Anteile der Vorarlberger Illwerke AG. Bei der bereits eingeleiteten Privatisierung von Landesanteilen diverser Gesellschaften ist zu trachten, daß Mitarbeiter zu Mitbesitzern werden.

Vorarlberg, Bundesland Österreichs

Staatsbewußtsein setzt Heimatbewußtsein voraus. Die Liebe zum eigenen Land ist ein Pfeiler der Bundestreue. So wie kritische, auf ihre Eigenständigkeit pochende Bürger wertvolle Beiträge zur Gestaltung des Gemeinschaftslebens erbringen können, so ist ein Land, das auf seine Selbständigkeit pocht und nach mehr Föderalismus ruft, ein zwar kritischer aber erstarrte Strukturen belebender Gliedstaat. Das Land pocht auf eine Neuordnung der Kräfteverteilung in unserem Bundesstaat. Durch die Volksabstimmung des Jahres 1980 sind die Träger der legislativen sowie der exekutiven Gewalt des Landes verpflichtet, ohne Rücksicht auf den Wechsel der Legislaturperioden, für die Verwirklichung der damals formulierten 10 Punkte einzutreten. Die Vorarlberger Landesregierung scheut sich nicht, mehr Verantwortung für eine größere Steuerhoheit zu übernehmen und strebt die Vergrößerung des Bereiches der Selbstgestaltung nicht aus Separatismus an, sondern aus dem Bekenntnis zur Bundestreue, zur Vielfalt der Länder und zum Europa der Regionen.

Ich werde eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit dem Bund anstreben. Sollten wichtige Interessen unserer Bürger oder des Landes durch die Zentralbürokratie oder andere Gebietskörperschaften gefährdet sein, so werde ich sicher nicht schweigen, sondern auf den Willen und die Kraft für eine eigenständige Politik pochen, aus der Erkenntnis, daß auch ein kleines, aber treues Bundesland Österreichs seine Stimme für die eigene Gemeinschaft zu erheben hat.

Land guter Nachbarschaft

Die Pflege der traditionell guten Beziehungen zu den Nachbarländern, insbesondere zu den angrenzenden Kantonen, dem Fürstentum Liechtenstein sowie Baden-Württemberg ist in der Gegenwart eine stärkere Bedeutung beizumessen als bisher. Wir sind nicht so überheblich zu glauben, diese Kontakte könnten das Ansehen Österreichs entscheidend beeinflussen. Es ist aber auch die Aufgabe eines kleinen Landes, insbesondere jenes, das an drei ausländische Staaten grenzt, durch sein Verhalten dazu beizutragen, das Ansehen Österreichs wieder zu heben.

Gerade weil uns Österreichern vorgeworfen wird, daß wir versuchen, Historisches zu verdrängen, gilt es, die Vergangenheit aufzuarbeiten. Wir alle, ob alt oder jung, wir müssen die Vergangenheit annehmen. Vergangenheit kann man nicht bewältigen, sie läßt sich nachträglich weder ändern noch ungeschehen machen. Wir wollen vor der Vergangenheit auch die Augen nicht verschließen. In diesem Sinn erachte ich es auch für richtig, im kommenden Jahr die historischen Ereignisse des Jahres 1,938 in Vorarlberg durch Geschichtsforscher aufarbeiten zu lassen,

Land mit bürgerfreundlicher Verwaltung

Die Beziehungen zwischen Bürgern und Beamten wird mit der Bezeichnung Bürokratie definiert. Die Verbesserung der Kontakte zwischen Bürgern und Verwaltung ist ein permanent notwendiger Prozeß, der guten Willen und neue Prioritäten bedingt. Alle Landesbediensteten sind die Visitenkarten, die Repräsentanten des Landes. Und viele, sehr viele, die im Dienst des Landes stehen, bemühen sich vorbildlich um den Bürger, doch wäre es vermessen, alle Erscheinungsformen unseres Landes, den Briefstil, die Beamtensprache, das Formularwesen, die Frist zur Erledigung als nicht verbesserungsfähig zu deklarieren. Ich möchte gemeinsam mit dem Herrn Landesamtsdirektor und der Personalvertretung eine Arbeitsgruppe bilden, deren Aufgabe es ist, Maßnahmen vorzuschlagen für mehr Bürgerfreundlichkeit unserer Verwaltung.

Die öffentliche Verwaltung ist mit einer Reihe von Problemen konfrontiert:

—der Effizienz — wie kann die Arbeit gemessen werden?

—der Innovation — wie ideenreich und dynamisch ist die Verwaltung? und

—das Managementdefizit — wie kann Management-Know How in die Verwaltung eingebracht werden?

Der Versuch, diese Probleme der öffentlichen Verwaltung zu lösen, ist umso dringlicher, als auch für die Administration die Ressourcen, d.h. die Steuern, immer knapper werden und die Maßnahmen in der Bundesverwaltung sind ein deutliches Zeichen dafür. Die Fortsetzung der stürmischen Expansion der Zahl der Landesbediensteten der letzten Jahrzehnte ist finanziell nicht mehr ohne beträchtlichen Einschnitt in die noch verfügbare Budgetmasse verkraftbar. Seit 1970 hat sich die Zahl der Landesbediensteten beinahe verdreifacht und in diesem Jahr mit 3.030 Beamten, Angestellten und Arbeitern die 3000er-Grenze erstmals überschritten. Wohl entfällt, darauf möchte ich verweisen, der größte Teil des Zuwachses auf die Krankenanstalten, die beinahe 1.400 Beschäftigte aufweisen, aber auch die Hoheits- und sonstige Verwaltung hat eine enorme Ausweitung erfahren, von 698 Beamten und Angestellten im Jahre 1970 auf 1.152 im Jahre 1986, das sind 65%.

Wir vom Landtag tragen die Mitverantwortung für diese Entwicklung durch unsere Gesetzesbeschlüsse und die vielen Aufträge. Mir ist völlig klar, daß neue Aufgaben, z.B. das Waldsterben, neue Spezialisten des Forstwesens erfordert, gleichzeitig aber verlagern sich deutlich die Schwerpunkte, z.B. vom Bausektor in den Ökologiebereich, ohne daß dadurch die Abschwächung in einzelnen Sektoren den Niederschlag im Personalstand findet. Die Ergebnisse der amerikanischen Grace-Studie oder die Verwaltungsreform des Kantons Zürich sollten für uns eine Orientierungshilfe sein. Ich bin zuversichtlich, gemeinsam mit den Regierungskollegen, dem Landesamtsdirektor, der Personalvertretung und vor allem auch der Abteilungsleiter eine Analyse des Ist- und eine Zielsetzung eines Soll-Standes zu erarbeiten, welche künftige Personalvermehrungen vermeiden läßt. Es gilt zu prüfen, welche Verwaltungstätigkeit vereinfacht und reduziert werden kann, kurz: eine Überprüfung der Aufgaben und

deren Erledigung, ohne einen Leistungsabbau damit zu verbinden. Ich bin sicher, daß mit Erreichung dieses Zieles auch das Ansehen der Beamten gehoben wird.

Wichtig erachte ich auch die fachliche Aus- und Weiterbildung zur Anwendung von Managementwissen, zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit sowie der Motivation der Mitarbeiter zur Erzielung einer höheren Effizienz und eines guten Arbeitsklimas. Die Voraussetzungen für eine forcierte Weiterbildung der Landesbediensteten in Form einer Verwaltungsakademie soll geschaffen werden, um unserem Land den Ruf zu geben, daß es ein Land der besten öffentlichen Dienstleistungen wird.

Land initiativer Bürger

Das Vaterland ist die Innenseite des Staates. Die innere Gestaltung dieses Landes an Ideen, an Menschlichkeit und Moral wird nicht nur von den Politikern bestimmt. »Keine Regierung, keine Bataillone vermögen Recht und Freiheit zu schützen, wo der Bürger nicht imstande ist, selber vor die Haustüre zu treten und nachzusehen, was es gibt.« Der Schweizer Dichter Gottfried Keller empfahl diese Haltung der staatsbürgerlich-geistig-politischen Herausforderung. Die Anteilnahme der Bürger am öffentlichen Leben ist bei uns mehr als eine halbttausendjährige Tradition. Die Bedeutung der ausschließlich aus Bauern und Bürgern bestehenden Landstände führte zu einer im Vergleich zu anderen Bundesländern geringen Autoritätsgläubigkeit aus der Überzeugung, die Kraft zur Selbstverwaltung zu besitzen.

Das traditionelle Engagement unserer Bürger ist stärker denn je, konzentriert sich aber in den letzten Jahren vor allem auf die Wahrnehmung subjektiver Betroffenheit und die Ablehnung von Projekten, die von anderen Bevölkerungsgruppen wiederum gefordert werden. Der Ruf nach Mitsprache, die Kritik an Plänen und Vorhaben ist durchaus legitim und ich bin auch durchaus offen für Gespräche mit Bürgerinitiativen. Die Verneiner eines Projektes, deren Protest in den Medien meist überproportional in Erscheinung tritt, ersuche ich aber um demokratische Erkenntnis, daß der Politiker das Gesamtwohl zu berücksichtigen hat und bitte die meist »schweigende Mehrheit« um Verständnis, wenn durch die Rücksichtnahme auf Bürgerinitiativen Entscheidungen oft allzu lange brauchen.

Ich verspreche eine gründliche Abwägung des Für und Wider aller umstrittenen Vorhaben, appelliere aber ebenso an die Bürgerinitiativen, die demokratischen Spielregeln zu beachten. Im Spannungsfeld zwischen echter oder manchmal vermeintlicher Betroffenheit und der Beachtung des Allgemeinwohls liegt die besondere Problematik des Regierens von heute.

Land optimistischer Bürger

Zu keiner Zeit in der Menschheitsgeschichte war das Risiko, ins Elend zu geraten oder vorzeitig zu sterben, so gering wie heute. Wann hat es im mitteleuropäischen Raum eine mehr als vier Jahrzehnte dauernde Friedens-epoche gegeben? Die durchschnittliche Lebenserwartung des Menschen hat seit der Jahrhundertwende um 25 Jahre zugenommen. Aber in dem Maß, in dem der Wohlstand des einzelnen zunimmt, sinkt bei uns der Optimismus.

Die allgemeine Verunsicherung, die Skepsis, die Angst vor der Zukunft gehen um. Ich verkenne keineswegs die seit Tschernobyl offenkundig gewordene Schicksalsgemeinschaft der Menschheit in der Atomtechnik, auch nicht die ungeheure Schwierigkeit der Lösung der komplexen Umweltprobleme, ich wehre mich aber mit aller Kraft gegen eine Katastrophenstimmung.

Die Armut ist in West- und Nordeuropa fast verschwunden, obwohl noch zwischen den Weltkriegen die Armut als das große, das unlösbar scheinende soziale Problem galt. Unsere Zeit ist trotz aller, insbesondere ökologischer Mängel die beste aller Zeiten, von denen wir historische Kenntnisse haben. Dennoch glauben viele, ich meine allzu viele, an den suggerierten Mythos von der Bösartigkeit der Welt und der Gesellschaft und entmutigen mit ihrem Europessimismus insbesondere junge Menschen und führen viele in Zweifel, ja in Verzweiflung. Es ist bedenklich, wenn führende und bewunderte Intellektuelle dauernd erzählen, daß sie in einer Hölle leben. So macht man den Menschen nicht nur unzufrieden, sondern auch unglücklich, denn man nimmt ihnen die Lebensfreude. Beethoven, der in einem Zeitalter enttäuschter Hoffnung auf Freiheit - unter Metternich - und bitterster Armut der Massen lebte, dieses vom Schicksal so persönlich schwerst getroffene Musikgenie, endete sein Lebenswerk mit Schillers Hymne »An die Freude«.

Menschliches Verhalten wird weniger durch Fakten als vielmehr durch Hoffnungen und Ängste, Empfindungen und Wünsche beeinflusst. Es gilt, unsere junge Generation zu überzeugen, daß die menschliche Vernunft zwar herausgefordert ist, Fehlentwicklungen in Fortschritt umzuwandeln, in Krisen aber auch der Mensch bisher zu kreativen Lösungen fand. Ich erachte es angesichts der hohen Selbstmordrate, die mit der Hoffnungslosigkeit des Kulturpessimismus, der gefühlsmäßig überspannten Zivilisationskritik und der Sinnkrise verbunden ist, für eine ethische Pflicht, unserer Jugend Mut und Zuversicht zu geben, wozu wir alle aufgerufen sind. Optimismus und Lebensfreude sind das beste Sprungbrett in eine glückliche Zukunft.

Land der Bürger mit Ideen

Mein großer Wunsch ist, das im Ländle gegebene große geistige Potential für die Landespolitik durch die Bildung einer Ideenbörse zu mobilisieren. Aus dieser Zielsetzung möchte ich nicht nur den Kontakt mit den zahlreichen Vorarlberger Hochschullehrern und Universitätsprofessoren, die Einladung der studierenden Vorarlberger Jugend, die Durchführung wissenschaftlicher Untersuchungen und Vergabe von Dissertationsthemen über Vorarlberger Themenkreise verbinden, sondern ich möchte auch Persönlichkeiten, auch solche, die nicht Politiker sind, unabhängig von ihrer weltanschaulichen Orientierung bewegen, Anstöße für eine optimale Gestaltung unseres Landes, geistige Beiträge für eine bessere Welt einzubringen. Die Mitwirkung soll unverbindlich, unbürokratisch und unbezahlt, aus reinem Idealismus für die Gemeinschaft sein. Ich war in diesem Bemühen bisher überrascht, durchaus positive Bereitschaft zu finden für eine offene, zeitlich begrenzte, in der Ideenvielfalt jedoch

unbegrenzte Bereicherung der politischen Arbeit mit Esprit.

Meine geschätzten Damen und Herren, jede Zeit erfordert ihre eigene Politik und Politik soll auch die Zeit formen. Erreichtes zu sichern und Neues zu schaffen, ist Ziel verantwortungsbewußten politischen Handelns.

Wir alle sind herausgefordert zur Mitwirkung an der Veränderung dessen, was verändert, nämlich verbessert werden soll und zu bewahren, was bedroht, was nicht vermehrbar ist: Die Freiheit, die Natur und die Heimat. Heimat ist nicht Enge, sondern Tiefe.

Meine große Vision ist, daß jeder Bürger und jeder, der in unserem Land Heimat gefunden hat, stolz ist, ein Vorarlberger in unserem gemeinsamen Vaterland Österreich zu sein. Mein Kapital, das ich zur Erzielung dieser Vision einbringe: mein Herz, mein Verstand, mein Gottvertrauen! (Beifall!)

Vizepräsident Bертold: Zur Antrittsrede des Präsidenten zu Wort gemeldet hat sich der Herr Klubobmann Ernst Winder. Ich erteile es ihm.

Winder: Herr Landtagspräsident, Herr Landeshauptmann, meine Damen und Herren! Die Wahl Martin Purtschers zum neuen Landeshauptmann wird naturgemäß von der Opposition anders gesehen als von den Regierungsparteien. Dennoch, in einem dürften wir nach der eben gehörten Antrittsrede übereinstimmen: Diese Wahl wird zwar einige wichtige Akzentverschiebungen bringen in der Landespolitik, eine Zäsur aber ist sie nicht: Kann sie auch gar nicht sein, denn der neue Landeshauptmann ist zu sehr mit der bisherigen Politik der Volkspartei verwoben, um sich so ohne weiteres von ihr verabschieden zu können. Abgesehen davon, wenn Sie Ihre Ungeduld ein wenig bezähmen und den nächsten Satz anhören möchten, abgesehen davon will er das auch gar nicht. Martin Purtscher steht mit beiden Beinen fest in der Kontinuität der bisherigen Landespolitik der ÖVP. Kein Wunder, er hat diese Politik doch schon bisher maßgebend beeinflusst. Als langjähriger Vizepräsident der Industriellenvereinigung, als aktiver Mandatar des Wirtschaftslandes und seit 13 Jahren als Landtagspräsident. Wie sehr der neue Landeshauptmann Wert auf diese politische Kontinuität legt, wurde mir erst kürzlich wieder klar. Ich kündigte ihm gesprächsweise an, wir würden selbstverständlich zu seiner Regierungserklärung Stellung nehmen. Darauf sagte er: »Ich habe gar nicht die Absicht, eine solche abzugeben.« Es gelte doch die Regierungserklärung vom November 1984 für die gesamte Legislaturperiode.

Wir dürfen also davon ausgehen, daß der neue Landeshauptmann im großen und ganzen die Politik seines Vorgängers fortsetzen wird und wir haben nichts anderes erwartet, weil wir Martin Purtscher seit vielen Jahren kennen. Aber manche Mitbürger im Lande draußen werden vielleicht ein wenig enttäuscht sein. Bei ihnen hat der neue Landeshauptmann Hoffnungen geweckt, die er nicht erfüllen kann, die Hoffnung auf eine neue Politik, auf eine neue Politik mit Zukunftsperspektive, ja sogar mit Visio-

nen. Ich zitiere wörtlich aus seiner ersten Rede als designierter Landeshauptmann: »Zur richtigen Zukunftsgestaltung in einer Gemeinschaft braucht man Vorstellungen, wohin der Weg gehen soll. Wer das Ziel nicht weiß, wird den Weg nicht haben. Es kommt daher auch im politischen Bereich auf eine klare Zukunftsperspektive, eine Vision an, die es langfristig mit Beharrlichkeit zu erreichen gilt.« Ende des Zitats.

Ich will nicht verschweigen, daß ich in den langen Jahren meiner politischen Tätigkeit ein wenig skeptisch geworden bin ob der inflationären Verwendung des Wortes Visionen. Ich höre zu viele Artgenossen, die am Sonntag von Visionen reden und am Werktag kleine Brötchen backen. Aber wenn man schon von Zukunftsperspektiven und Visionen redet, dann sollte man seine Zuhörer nicht im Unklaren darüber lassen, wie diese Zukunftsperspektiven und Visionen aussehen. Die Antrittsrede des neu gewählten Landeshauptmannes wäre die Gelegenheit gewesen, den Vorarlberger Landtag und darüber hinaus dem Vorarlberger Bevölkerung zu erläutern, welche Visionen der neue Landeschef hat und wie er seine Zukunftsperspektiven in praktische Landespolitik umzusetzen gedenkt. Diese Gelegenheit ist nach unserem Eindruck nicht genutzt worden. Wir müssen uns daher mit den Perspektiven befassen, die sich aus der bisherigen Politik und den jüngsten Interviews von Martin Purtscher ableiten lassen.

Aus beiden läßt sich eine Perspektive ableiten, die für die künftige Landespolitik nicht uninteressant ist, die Perspektive nämlich, daß Martin Purtscher kein Mann der Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie ist. Weder auf der Landesebene, da praktizieren er und seine Parteifreunde seit vielen Jahren eine Koalition mit der FPÖ, noch auf Bundesebene, dort hält er die große Koalition nur für eine Notlösung bis zur nächsten Wahl, wie man dem Kurier vom 9. Juni 1987 entnehmen kann. Die Präferenz des neuen Landeshauptmannes gilt, seit wir zu denken vermögen, der Kooperation mit der FPÖ. Nicht zu Unrecht glaubt er, daß ein ideologischer Konsens mit der Freiheitlichen Partei leichter zu erzielen sei als mit der Sozialdemokratie.

Auch Jörg Haider's nicht gerade seriöse Politik vermag die Vorliebe Martin Purtschers für die FPÖ nicht zu bremsen. Zu Jörg Haider falle ihm dessen spektakulärer Führungsstil ein, liest man im erwähnten Kurier-Interview, daß er ein ausgezeichnete Redner sei und zu motivieren wisse, er habe alle Voraussetzungen zu einem guten Parteiführer.

Für uns war daher klar: Mit der Entscheidung der Volkspartei für einen Landeshauptmann Purtscher war auch die Entscheidung für die Fortsetzung der alten schwarz-blauen Koalition in der Landesregierung gefallen und die Entscheidung gegen eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie.

Seine Vorliebe für die FPÖ scheint auch einer der Gründe zu sein, warum Martin Purtscher sich selbst für einen Konservativ-Liberalen hält. Diese Selbsteinschätzung hat uns und vermutlich auch einige andere nicht wenig überrascht. Wir kennen den neuen Landeshaupt-

mann seit vielen Jahren als strammen Konservativen, von seiner angeblichen Liberalität aber haben wir bis heute außer dem liberaleren Ladenschluß nichts bemerkt.

Liberal war weder das Sicherheitsgesetz unseligen Angedenkens noch die Filmzensur und schon gar nicht »Pro Vorarlberg«, das von ihm noch im besagten Kurierinterview verteidigt wird. Alles, was liberal ist an diesem Land, mußte von den Sozialdemokraten, einigen Liberalen und liberal gesinnten Bürgern erkämpft und verteidigt werden gegen den hartnäckigen Widerstand der Konservativen. Es würde uns sehr wundern, wenn ausgerechnet von Martin Purtscher eine Wende zu liberalerer Landespolitik ausginge. Ich berufe mich darauf, daß er jedenfalls keine liberalere Politik angekündigt hat, sondern eine Renaissance der konservativen Werte.

Die dritte Perspektive ist von den Medien besonders herausgestrichen worden. Martin Purtscher ist ein Mann der Wirtschaft. Er kommt aus einer der erfolgreichsten Firmen unseres Landes und er hat an maßgebender Stelle zu diesem Erfolg beigetragen. Wir wollen diesen Erfolg gerne anerkennen, aber wir fühlen uns auch verpflichtet, auf den Umstand hinzuweisen, daß Martin Purtscher die Landespolitik bislang fast ausschließlich aus der Sicht eines Unternehmers gesehen hat. Das ist für einen Mandatar des ÖVP-Wirtschaftsbundes sicher kein Vorwurf, sondern eine Empfehlung, aber von einem Landeshauptmann muß verlangt werden, daß er nicht nur die Interessen der Unternehmer vertritt, sondern auch, und vor allem die Interessen der Arbeitnehmer und der sozial Schwächeren insgesamt.

Da gibt es Vorbehalte, die auch in der Volkspartei und ihrem Arbeitnehmerflügel offen vorgetragen wurden. Ich erinnere nur an das Interview von Bertram Jäger mit den Vorarlberger Nachrichten. Er habe mit Bitternis zur Kenntnis nehmen müssen, so der Arbeiterkammerpräsident, daß die Arbeitnehmer für die ÖVP nur »Randschichten« seien und daß nun in einem so von Arbeitnehmern dominierten Land wie Vorarlberg zwei ÖAABler in der Landesregierung drei Vertretern des Wirtschaftsbundes in den Schlüsselpositionen gegenüberstünden. Die Wirklichkeit, meine Damen und Herren, schaut noch bitterer aus. Dem Wirtschaftsbund gehören nicht nur der neue Landeshauptmann und die Landesräte Lins und Vetter an, sondern auch zur Hälfte der Landesstatthalter, der sowohl beim ÖAAB, als auch beim Wirtschaftsbund Mitglied ist. Es steht also nicht 3:2 wie Bertram Jäger meinte, sondern mindestens 3,5:1,5 für den Wirtschaftsbund. Mit dem Amtsantritt von Martin Purtscher ergibt sich eine völlig neue Konstellation. Der Wirtschaftsbund hält nicht nur die Schlüsselpositionen in der Landesregierung besetzt, er dominiert auch die Landesregierung. Von sieben Mitgliedern dieses erlauchten Gremiums gehören 3,5 dem Wirtschaftsbund an. Wenn man die zweite Hälfte von Sigi Gasser auch noch dazuschlägt, dann hat der Wirtschaftsbund locker eine Mehrheit in der Landesregierung und kann jeden Beschluß durchsetzen, den er für richtig hält. Das ist eine Konstellation, die es in der Nachkriegsgeschichte Vorarlbergs noch nicht gegeben hat. Noch nie waren die Arbeitnehmer in der Landesregierung so unter-

repräsentiert und die Unternehmer so überrepräsentiert wie in dieser Regierung unter Landeshauptmann Purtscher.

Ich verstehe die Bitterkeit Bertram Jägers angesichts dieser Entwicklung. Es braucht bekanntlich sehr viel, bis der stellvertretende Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei einmal seine Loyalität vergißt und die eigene Partei kritisiert. Aber wenn er nach der Wahl des neuen Landeshauptmannes in der ÖVP zum Schluß kommt, daß die Arbeitnehmer für die Volkspartei nur noch Randschichten seien, dann bedarf es für mich jedenfalls keines weiteren Beweises für die Richtigkeit dieser Behauptung als der Zusammensetzung dieser Landesregierung. Ich verstehe auch, daß Bertram Jäger seinen Worten keine Taten folgen lassen konnte. Er hat das Ergebnis der innerparteilichen Abstimmung und Willensbildung zur Kenntnis genommen, aber von uns kann ein solches Verhalten wohl nicht erwartet werden. Solange die SPÖ noch den Anspruch hat, eine Partei der Arbeitnehmer zu sein, solange kann sie einer solchen Landesregierung keinen Vertrauensvorschuß geben.

Vielleicht ist es ein Zufall, aber wenn man einmal länger in der Politik ist, dann glaubt man nicht mehr so schnell an Zufälle. Jedenfalls scheinen die Handelskammer und auch die Ärztekammer die Wahl Martin Purtschers als Signal aufzufassen, als Signal für die ungenierte Durchsetzung ihrer Interessen auf dem Rücken der Vorarlberger Bevölkerung. Die Ärztekammer scheint zu glauben, von der Wendepolitik der Konservativen profitieren zu können. Rücksichtslos werden die Verträge mit der Sozialversicherung über Bord geworfen, um nach den Rezepten des gesunden Lebensraumes Vorarlberg noch gesündere Geschäfte mit den Zähnen der Vorarlberger machen zu können. Und die Handelskammer trommelt seit Monaten für den Ausbau des Hohenemser Flugplatzes. Das große Geld und die noch größere Zeitung haben sich gefunden, um die Bewohner des mittleren Rheintales mit den Segnungen des Jet-Set-Zeitalters zu beglücken. Der Herr Landeshauptmann hat zwar heftig bestritten, den Flughafen als Einstandsgeschenk gefordert zu haben, nicht bestritten aber hat er seine warme Sympathie für die Ausbaupläne in Hohenems. Freilich, gerade die Bruchlandung in Hohenems zeigt, daß auch die Bäume des Wirtschaftsbundes nicht in den Himmel wachsen. Eine Allianz von umweltbewußten Mitbürgern und engagierten Volksvertretern ist in diesem Land noch allemal stark genug, um die Grenzen von Geld, Einfluß und Macht aufzuzeigen. Grenzen, Herr Landeshauptmann, an denen Sie noch öfters scheitern werden, wenn Sie meinen, die Kirchstraße in Bregenz und die Wichnerstraße in Feldkirch seien wichtiger als die Interessen der Vorarlberger Bevölkerung.

Sie haben auch heute wieder gesagt, Politik sei nicht die Vertretung von Einzelinteressen, sondern Sorge für die Allgemeinheit. Ich stimme Ihnen da voll zu, Herr Landeshauptmann, die Sorge um die Allgemeinheit in Vorarlberg ist tatsächlich wichtiger als Einzelinteressen und seien sie noch so mächtig. Sie sollten diese Worte zur Richtschnur Ihres künftigen Handelns machen, dann wer-

den Ihnen Enttäuschungen wie in Hohenems erspart bleiben.

Ich habe mit Interesse gelesen, was Sie bei diversen Anlässen über Führungsprobleme im politischen Bereich sagten. Ich glaube, Ihre Ausführungen auch so verstanden zu haben, wie sie gemeint waren. Als zwar nicht ausgesprochenen, aber dennoch unmißverständlichen Hinweis, daß auch Ihnen die zunehmende Kritik am Durchsetzungsvermögen und an der Entscheidungskraft der Vorarlberger Landesregierung nicht verborgen geblieben ist. Sie werden zwar sehr schnell merken, daß man die Landesregierung nicht führen kann wie die Firma Suchard, aber Sie haben dennoch unsere volle Unterstützung, wenn Sie etwas größere Ansprüche an die Leistungs- und Führungskraft Ihrer Regierungskollegen stellen, als das Ihr Vorgänger getan hat. Es fehlt da gleich in mehrfacher Hinsicht: Es fehlt dieser Regierung erstens an der Fähigkeit, dazuzulernen und in Alternativen zu denken. Macht zu haben bedeutet nach einem Wort von Karl Deutsch, nicht lernen zu müssen. In diesem Sinne hat die Volkspartei noch immer zuviel Macht in diesem Land. Ihre Lernfähigkeit hat zwar zugenommen in den letzten Jahren, aber sie ist noch lange nicht so entwickelt, wie das im Interesse einer kooperativen Landespolitik erforderlich wäre.

Es mangelt zweitens an der zeitgemäßen Einstellung dieser Regierung zu den Bürgern. Unsere Mitbürger sind zunehmend sensibel geworden gegen die Ausbeutung der Natur und selbstbewußter gegen jede Obrigkeit. Gegen den Willen der Bevölkerung kann heute in Vorarlberg kaum eine Straße, kein Flugplatz und kein Kraftwerk mehr gebaut werden. Diese Entwicklung kann man bedauern oder bejammern, man kann sie ignorieren, wie das die Landesregierung nicht selten versucht, und man kann sie auch offen herausfordern, wie uns das die CDU und CSU in Wackersdorf vorexerziert. Mit Dauerbeschäftigung für Polizei und Militär und bleibenden Schäden für die Demokratie.

Unsere Strategie, meine Damen und Herren, muß eine andere sein. Wir müssen versuchen, eine möglichst große Mehrheit unserer Mitbürger für die ökologische Modernisierung unseres Landes zu finden und zu gewinnen. Vor allem die Jugend muß davon überzeugt werden, daß der grüne Romantizismus keine Antwort ist auf die ökologische Frage. Dazu braucht es allerdings Politiker und auch Landesräte, die nicht nur in der Sache kompetent und Alternativen zugänglich sind, sondern auch fähig und aufgeschlossen für den Dialog mit einer sensiblen und selbstbewußten Bürgerschaft.

Es mangelt drittens an Durchsetzungsvermögen, an Entscheidungskraft und an der Effizienz dieser Landesregierung. Da nützen die schönsten und die teuersten Konzepte nichts, wenn sie entweder halbherzig oder gar nicht in praktische Politik umgesetzt werden. Als müßte alles und jedes neu erfunden werden, in diesem Land wird endlos herumexperimentiert, ein sogenannter Pilotversuch jagt den andern, nur entschieden wird nicht oder zu spät. Vielleicht wäre es deshalb ganz nützlich, Herr Landeshauptmann, wenn Ihre Regierung wieder mehr Zeit für

ihre eigentliche Aufgabe fände, nämlich das Regieren. So wichtig auch die Repräsentation sein mag, so steht doch nirgendwo geschrieben, daß die Regierung bei jedem mittelprächtigen Anlaß gleich in halber Kompaniestärke anrückt. Wir erleben ununterbrochen, wie die Herren der Regierung von einer Veranstaltung zur anderen eilen und die mehr oder minder faszinierten Zuhörer mit Grußworten, Ansprachen und Festreden beglücken, während die Arbeit im Landhaus liegen bleibt.

Ihre Regierung, Herr Landeshauptmann, sollte aber nicht nur Ihre Effizienz im Lande selbst steigern, Sie sollten sich auch ein wenig mehr um das Image kümmern, das unser Land jenseits unserer Grenzen hat, denn dieses Image ist keineswegs so gut, wie wir das gerne hätten. Zwar überwiegt die Anerkennung für Land und Leute, für die wirtschaftliche Tüchtigkeit und unsere Gastfreundschaft. In diese Anerkennung aber mischen sich auch kritische Töne über die geistig kulturelle Enge Vorarlbergs, die im bekannten Wort von Kantönligeist ihren Oberbegriff gefunden haben. Dieser Kantönligeist ist leider keine Erfindung böswilliger Journalisten aus anderen Regionen Österreichs. Er ist das sehr reale Produkt konservativer Engstirnigkeit und provinzieller Selbstgerechtigkeit, die unserem Land zu einem Image verholfen haben, das sich nicht gerade vorteilhaft vom sonstigen Bild Vorarlbergs abhebt. Dieses Imagedefizit läßt sich nicht mit vermehrter Propaganda und auch nicht mit einem neuen Kulturbuch aus der Welt schaffen. Dazu bedarf es schon einer grundlegenden Wende der Gesellschaftspolitik der Konservativen und ihrer Landesregierung.

Sie sagten auch heute wieder, Herr Landeshauptmann, Sie betrachteten Politik als einen geistig kämpferischen Wettbewerb, in dem der politische Gegner nicht als Feind betrachtet werde. Ich halte das an sich für eine Selbstverständlichkeit, aber da Sie das extra betonten, will auch ich Ihnen gerne sagen, daß wir Sie bei aller gelegentlichen Härte in der politischen Auseinandersetzung so fair behandeln werden, wie wir selbst auch behandelt werden möchten. Wir nehmen den Wettbewerb gerne auf mit Ihrer Regierung, Herr Landeshauptmann, obgleich der Wettbewerb zwischen einer Regierung und einer Opposition, wie wir alle wissen, ein höchst ungleicher ist. Ungleich von den Informationen, die uns die Regierung vorhat, über das Heer von Beamten, das ihr zuarbeitet, bis zu den Kontrollmöglichkeiten, die zwar auf dem Papier stehen, aber nicht angewandt werden können, weil es dazu der Zustimmung der Regierungsmehrheit bedarf.

Ihr Vorgänger als Landeshauptmann hat uns versprochen, die Opposition werde regelmäßig über die Absichten der Landesregierung informiert. In den drei Jahren seit diesem Versprechen ist es zu einer einzigen Information gekommen. Wir haben 1984, Herr Landeshauptmann, der neuen Landesverfassung zugestimmt, weil uns die Volkspartei, mit ihr der neue Landeshauptmann, wirksamere Kontrollrechte zugesichert haben und vor allem das Untersuchungsrecht. Viermal haben wir seither die Einsetzung einer Untersuchungskommission verlangt und viermal wurden wir von der Volkspartei abgeschmettert. Wenn Sie es tatsächlich ernst meinen mit dem Wett-

bewerb, Herr Landeshauptmann, dann sollten Sie zunächst faire Voraussetzungen schaffen für einen Wettbewerb zwischen Regierung und Opposition in diesem Land. Geben Sie uns jene Informationen, die uns versprochen wurden und jene Kontrollrechte, die wir zur Erfüllung unserer parlamentarischen Aufgaben brauchen, dann wollen wir gerne auch jenen geistig kämpferischen Wettbewerb aufnehmen, der Ihnen offenkundig ein Anliegen ist.

Zuvor allerdings sollten Sie uns erklären, wum es in diesem Wettbewerb gehen soll. Wollen Sie auf Landesebene jene grundsätzliche Debatte weiterführen, die die ÖVP auf Bundesebene seit der großen Koalition nicht mehr führen kann? Oder meinen Sie eine konkrete Auseinandersetzung um die künftige Landespolitik in Vorarlberg? Wenn Sie letzteres wollen, davon gehe ich vorderhand aus, dann sollten Sie uns allerdings zuvor ihre konkreten politischen Vorstellungen bekanntgeben. Nicht allgemeine und unverbindliche Zielvorstellungen, wie wir sie aus den früheren Regierungserklärungen zur Genüge kennen, sondern ein Regierungsprogramm, aus dem wir Ihre konkreten Pläne und Prioritäten erkennen können, aus dem wir endlich auch ersehen, bis wann und mit welchen Mitteln die Pläne der Regierung verwirklicht werden sollen. Wenn ich richtig gehört habe, dann haben Sie heute die Erstellung eines solchen Programmes angekündigt. Wir begrüßen ausdrücklich diese Absicht. Ein neuer Regierungschef hat traditionellerweise 100 Tage Schonzeit von der Opposition. Diese Schonzeit, Herr Landeshauptmann, wollen wir Ihnen gerne einräumen. Nutzen Sie diese Zeit, um mit Ihren Regierungskollegen nachzudenken über dieses Regierungsprogramm und lassen Sie uns dann den gewünschten geistigen Wettbewerb austragen und die bessere Politik um die besseren Zukunftsentwürfe für unser Land.

Sie haben Ihre Rede mit einer Bemerkung zur Heimat geschlossen, Herr Landeshauptmann. Heimat, sagten Sie, ist nicht Enge, sondern Tiefe. Ich möchte Ihnen darauf mit einem anderen Heimatbegriff antworten. Martin Walser, der bekannte Schriftsteller schrieb vor Jahren ein Essay über Heimatbedingungen. Dort heißt es: »In der alemannischen Mundart ist Heimat nicht eine Gegend, sondern das Haus, das den Eltern gehörte, das erbt dann einer, der zahlte die andern aus, der bleibt auf der Heimat, die anderen haben dann keine mehr, es sei denn, sie gründeten selber eine, das wird dann eine Heimat nicht für sie, aber für ihre Kinder. Für den Untermieter ist in dieser Mundart keine Heimat vorgesehen. Es wird diesen naturwüchsigen Heimatwert nicht mehr lange geben. Eine entwickelte Gesellschaft muß den Staat zur Heimat für alle machen.«

Wenn ich Martin Walser richtig verstanden habe, dann müssen wir alle uns darum bemühen, daß Vorarlberg nicht nur eine Heimat für alle jene ist, die ein Haus besitzen, sondern auch eine Heimat für diejenigen, die eine Mietwohnung suchen, eine Heimat nicht nur für die Arbeit Besizenden, sondern auch für die Arbeit Suchenden. Eine Heimat also nicht nur für die wirtschaftlich und sozial Stärkeren, sondern vor allem für die wirtschaftlich

und sozial Schwächeren in unserem Lande. Und eine Heimat schließlich, in der sich nicht nur jene wohl fühlen, die mit dem Erreichten zufrieden sind, sondern auch jene, für die das Wort von Albert Camus gilt, der einmal sagte: »Der wahre Patriot ist einer, der sein Land liebt, weniger für das was es war, sondern für das, was es sein sollte.«

Vizepräsident Bертold: Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Sondersitzung geschlossen und ich darf Sie einladen vor das Haus hinaus, wo Musikkapellen warten.

Ende der Sitzung: 12.53 Uhr.